

5. Wie können demokratische Institutionen mit dieser Herausforderung umgehen?

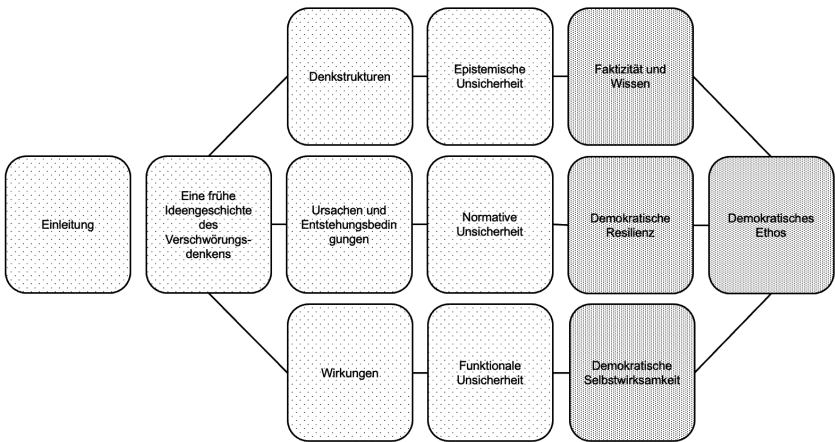


Abbildung 36: Einbettung in die Forschungsmethodik der Arbeit⁹⁰¹

Kann es vor dem Hintergrund der Bedrohung, die Verschwörungsideologien für das demokratische Gemeinwesen darstellen, gerechtfertigt sein, sie mit jeglichen Mitteln zu bekämpfen? Sollten dazu potenziell auch antidemokratische Mittel erlaubt sein? Diese Debatte hat – freilich ohne den Fokus auf Verschwörungsideologien – die Demokratietheorie bereits ausführlich abgehandelt. Ausgangspunkt ist der so genannte Methodenstreit der Weimarer Staatsrechtslehre in dessen Zentrum Hans Kelsens Reine Rechtslehre stand. Kelsens rechtspositivistische Theorie geht davon aus, dass positives Recht zu gelten habe, solange es im richtigen Verfahren zustande gekommen ist. Eine Festschreibung demokratieverteidigender Maßnahmen im Staatsrecht wäre seiner Lehre nach unzulässig, weil sie demokratischer Freiheit widersprechen würde. Selbstherrschaft würde nämlich auch bedeuten, dass ein Gesetzgeber nicht durch Festschreibung irgendwelcher Maßnahmen gegen die „selbstdestruktiven Tendenzen“ der Demokratie gebunden werden kann.⁹⁰² Für Kelsen beschreibt Demokratie nicht einen bestimmten Inhalt,

901 Eigene Darstellung.

902 Siehe und vgl. Dreier, Horst: *Rechtslehre, Staatssoziologie und Demokratietheorie bei Hans Kelsen*, Baden-Baden 1986, S. 269.

sondern „eine bestimmte *Methode der Erzeugung der sozialen Ordnung* [...]“.⁹⁰³ Wenngleich Kelsen Kritik auch von antidemokratischen Denkern wie Carl Schmitt erfuhr, wurde ihm später der Vorwurf gemacht, durch sein rechtspositivistisches Denken zur Legitimation des Nationalsozialismus als vermeintlich *legaler Herrschaft* beigetragen zu haben. Wie groß dieser Einfluss tatsächlich war, wird heute deutlich bestritten und hervorgehoben, dass das nationalsozialistische Rechtsverständnis alles andere als positivistisch geprägt war.⁹⁰⁴ Dennoch kommt man nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass Kelsens Demokratietheorie „auf jedes materielle Substrat“⁹⁰⁵ verzichtet und eine festgeschriebene Selbsterhaltung der Demokratie ablehnt.

Das brachte Kelsen und den Verfechtern des Rechtspositivismus – im Methodenstreit der Weimarer Staatsrechtslehre, aber auch nach der Zeit des Nationalsozialismus – erhebliche Kritik ein. Normative Demokratietheoretiker wie Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Karl Loewenstein prägten in Abgrenzung zum Rechtspositivismus das Bild einer wehrhaften Demokratie. Für Heller war Kelsens reine Rechtslehre „eine Staatslehre ohne Gegenstand“.⁹⁰⁶ Für ihn ist der Staatszweck und dessen Begründung ganz zentral. Eine Begründung, die Funktion und Zweck außen vor lasse, ist für ihn leer.⁹⁰⁷ Im Gegensatz zu Heller erlebten Fraenkel und Loewenstein die ganze Zeit des Nationalsozialismus und wurden dadurch geprägt. Für Fraenkel ist der Pluralismus zentrales Element zentrale Maßgabe für die Demokratie eines Gemeinwesens⁹⁰⁸ – für Kelsen trifft das zwar auch zu,⁹⁰⁹ anders als jener ist Fraenkel jedoch dazu bereit, diesen Anspruch auch als normativen Wert zu setzen und zu dessen Bestehen beizutragen, ja dieses sogar zu verteidigen.⁹¹⁰ Weiter noch geht Karl Loewenstein mit seinem

903 Siehe und vgl. Kelsen, Hans: *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Ditzingen 2018 (1929), S. 123.

904 Vgl. Valadão, Rodrigo: *Rechtspositivismus und Nationalsozialismus. Entstehung, Widerlegung und Überwindung der Positivismuslegende*, Berlin 2024, S. 261.

905 Siehe Dreier 1986, S. 283.

906 Siehe und vgl. Hebeisen, Michael Walter: *Souveränität in Frage gestellt. Die Souveränitätslehren von Hans Kelsen, Carl Schmitt und Hermann Heller im Vergleich*, Baden-Baden 1995, S. 329.

907 Vgl. a. a. O., S. 507 ff.

908 Vgl. Fraenkel, Ernst: *Vorwort zu: Politikwissenschaftliche Abhandlungen [1960]*, in: Fraenkel, Ernst: *Gesammelte Schriften, Band 3, Neuaufbau der Demokratie in Deutschland und Korea*, Baden-Baden, 1999, S. 635–637.

909 Vgl. van Ooyen, Robert: *Der Staat der Moderne. Hans Kelsens Pluralismustheorie*, Berlin 2003, S. 100, 140.

910 Vgl. Fraenkel, Ernst: *Möglichkeiten und Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger in einer modernen parlamentarischen Demokratie [1966]*, in: Fraenkel, Ernst: *Gesammelte Schriften, Band 5, Demokratie und Pluralismus*, Baden-Baden 2007, S. 288 f.

Konzept der *militanten Demokratie*.⁹¹¹ Er forderte nicht nur eine konsequente Entnazifizierung, sondern setzte sich durchaus auch für repressive Maßnahmen gegen Feinde der Demokratie ein (später schränkte er das zwar ein, entfernte sich jedoch nie ganz davon).⁹¹² 1937, vor dem Hintergrund des NS-Regimes, schreibt er: „[...] it has been realized that a political technique can be defeated only on its own plane and by its own devices, that mere acquiescence and optimistic belief in the ultimate victory of the spirit over force only en-courages fascism without stabilizing democracy.“⁹¹³ Er fordert also nicht nur ein entschiedenes Vorgehen gegenüber den Feinden der Demokratie, sondern schließt den Satz auch damit, dass Demokratie selbst gestärkt oder stabilisiert werden müsse. Vor dem Hintergrund dieser Diskussion entwickelte sich eine Konzeption der wehrhaften Demokratie, die wir heute kennen.

Die wehrhafte Demokratie bundesdeutscher Prägung erlaubt auch ohne die Änderung rechtlicher Normen bereits jetzt einige repressive Maßnahmen, die man einsetzen könnte, sofern man feststellt, dass bestimmte, verschwörungsideologisch geprägte, Organisationen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen. Vereinsverbot und Parteienverbot gehören dabei sicher zu den schärfsten Schwertern. Unter Umständen können auch strafbewehrte Sanktionen zur Anwendung kommen, im Falle der Holocaustleugnung ist das sogar eindeutig in § 130 StGB kodifiziert. Artikel 18 des Grundgesetzes kennt sogar die Grundrechtsverwirkung, sofern Grundrechte zur Ausübung verfassungsfeindlicher Bestrebungen genutzt werden – wenngleich diese bislang nie erfolgreich angewandt wurde. Mehrere Gründe sprechen dagegen, dass eine Anwendung ausschließlich repressiver Maßnahmen nachhaltig ihr Ziel erreicht:

Oben genannte Maßnahmen beziehen sich vor allem auf organisierte Gruppen. Oft finden sich in verschwörungsideologisch organisierten Kontexten aber gar keine offiziellen Vereins- oder Parteistrukturen, die staatlicherseits ein Verbot erlauben würden. Vielmehr geschieht viel Vernetzung oft in losen Gruppen und in informellen Kontexten; selbst hierarchisch gegliederte Organisationen wie etwa verschiedene Ausprägungen der Reichs-

911 Siehe Loewenstein, Karl: *Militant Democracy and Fundamental Rights*, in: *The American Political Science Review* XXXI (3) 1937, S. 417–432.

912 Vgl. Loewenstein 1937, S. 432; vgl. auch Stoffregen, Matthias: *Von der Repression zur Rechtsstaatlichkeit. Karl Loewenstein und die Selbstverteidigung demokratischer Systeme*, in: van Ooyan, Robert (Hrsg.): *Verfassungsrealismus. Das Staatsverständnis von Karl Loewenstein*, Baden-Baden 2007, S. 171–177, 186.

913 Siehe Loewenstein 1937, S. 430.

bürgerbewegung sind keine bürgerlich-rechtliche Vereinigung, die ein Vereinsverbot treffen würde. Zudem sind die Hürden für ein solches Verbot mit Recht sehr hoch angesetzt. Ein zielgenaues Handeln wird dadurch erschwert. In einigen wenigen Fällen in der jüngeren Vergangenheit wurden aber auch solche repressiven Instrumente gegen verschwörungsideologische Akteur*innen angewendet. Zwei gegen Ende der Erstellung dieser Studie prominente Fälle sind gleichzeitig jedoch auch wenig beispielhafte Ausnahmen:

1. Bei der Zerschlagung der verschwörungsideologischen Reichsbürgergruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß 2021 standen konkrete Verdachtsmomente für gewalttätige, terroristische Umsturzhandlungen im Raum. Aufgrund konkreter Anhaltspunkte konnte man hier zu der Überzeugung gelangen, dass von der Gruppe tatsächlich ein gewalttätiges Potential ausgeht. Hier hat der Staat klar keine andere Wahl, als repressive Instrumente einzusetzen.
2. Beim Verbot des Compact-Magazins Mitte 2024 stand nicht allein die verschwörungsideologische Positionierung des Druckerzeugnisses im Vordergrund, sondern vor allem die Einstufung als gesichert rechtsextrem durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und das „antisemitische[...], minderheitenfeindliche[...] und geschichtsrevisionistische[...] Weltbild“ gepaart mit der (aggressiven) Ablehnung der politischen Ordnung der Bundesrepublik.⁹¹⁴

Die demokratiezersetzende Wirkung von Verschwörungsideologien geht also oftmals nicht nur nicht von organisierten Strukturen aus, sondern sie wirkt vor allem auf ideologischer Ebene. Repressive Maßnahmen funktionieren hier in vielen Fällen nicht, sondern tragen im Gegenteil oft noch mehr zur Verbreitung der verschwörungsideologischen Position bei. Schließlich fühlen sich Verschwörungsgläubige in ihrem Weltbild gestärkt, wenn versucht wird, ihre Position vonseiten des Systems *repressiv* zu unterdrücken. Vielmehr sollte das Vertrauen der Staatsbürger*innen in das demokratische Gemeinwesen und das demokratische System, im Sinne von Imbusch und Heitmeyer also integrierende und kohäsive Kräfte, ge-

914 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Bundesinnenministerin Nancy Faeser verbietet „COMPACT-Magazin GmbH“, online verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/2024-07-16-verbot.html>. Der Vollzug des Verbots wurde vom Bundesverwaltungsgericht in Teilen einstweilig aufgehoben, das Hauptsacheverfahren steht zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Studie jedoch noch aus.

stärkt werden. Das bedeutet nicht, dass repressive Maßnahmen in Gänze ungeeignet sind. So können sie dazu beitragen, die Weiterverbreitung verschwörungsideologischer Positionen drastisch zu verringern. Repressive Maßnahmen können effektiv ein fehlgeleitetes und gemeinschädliches Verhalten unterbinden. Sie können jedoch nicht oder nur schwerlich dazu beitragen, die für die Ausübung der Demokratie notwendigen Kenntnisse auszubilden. Vor dieser Tatsache und vor dem Hintergrund meiner Problemdarstellung scheinen mir sehr zielführend Ansätze, die an den Grundproblemen anknüpfen, die Verschwörungsideologien in einer Demokratie offenlegen. Ein größerer Fokus auf präventive Maßnahmen kann dabei sinnvoll sein. Diese können politisch-inhaltlicher Natur sein, strukturelle Maßnahmen darstellen, aber vor allem auch Maßnahmen aus der Demokratiepädagogik enthalten. Das werde ich im folgenden Kapitel näher ausführen.

Die grundlegende Frage, die sich dabei jeder demokratiepädagogische Ansatz selbst stellt, ist die nach der eigenen Handlungslegitimation. Schließlich soll Demokratie, so umstritten und undefiniert der Begriff bei näherer Hinsicht ist, Freiheit, Selbstbestimmung oder zumindest eine gewisse Ausprägung des Mehrheitsprinzips beinhalten. Braucht es dazu eine Erziehung oder ist Laissez-faire nicht das urdemokratische Prinzip überhaupt?

Der Aphorismus „Demokratie braucht Demokraten“ wird Friedrich Ebert zugeschrieben. Und wenngleich es sich hier um eine politiktheoretische Binsenweisheit handeln mag, ist sie einer der Ausgangspunkte für das Selbstverständnis politischer Bildung, egal ob sie sich als Demokratie-Lernen, als Demokratiebildung oder Demokratiepädagogik, oder als das angelsächsische Modell der *civic education* versteht.

Offen bleibt dabei noch immer die Frage, ob Menschen als Demokrat*innen geboren sind oder ob es dazu bestimmter Fähigkeiten, Erfahrungen oder Ressourcen bedarf. Für Aristoteles und die Neuaristoteliker ebenso wie für die Vertragstheorie ist die Antwort klar: Der Mensch ist ein ζῷον πολιτικόν (*zōon politikón*), ein staatenbildendes Wesen. Er unterscheidet sich von anderen Tieren also durch seine Fähigkeit und seinen Drang zur Bildung von Staaten und Gemeinschaften. Politische Bildung muss sie demnach nur dazu bringen, ihre durch Eigeninteresse fehlgeleiteten Entscheidungen zu überdenken (Locke)⁹¹⁵ bzw. grundlegend die *volonté générale* – also den Gemeinwillen – zu akzeptieren.

915 Siehe und vgl. Locke, John: *Two Treatises of Government. In the Former, The False Principles and Foundation of Sir Robert Filmer, and His Followers, Are Detected and Over-*

Die modernere Theoriebildung rund um demokratiepädagogische Ansätze verleiht diesem Bild eine deutliche Absage. So fasst der Verlagstext Oskar Negts Buch *Der politische Mensch* zusammen: „Menschen werden nicht als politisches Wesen geboren, aber sie leben immer in politisch bestimmten Räumen. Deshalb ist politisches Urteilsvermögen eine Voraussetzung jeder humanen Gesellschaft.“⁹¹⁶

Negt selbst zieht aus dieser Anschauung diese Schlussfolgerung: „Demokratie muss gelernt werden“⁹¹⁷ als zentrales Monitum einer Demokratiepädagogik. Der Politikdidaktiker Gerhard Himmelmann gesellt dazu die demokratiepädagogischen Konzepte von Kurt Gerhard Fischer, umschrieben als „Demokratie muss gelernt werden, um gelebt werden zu können“ und von Gisela Behrmann umgedreht: „Demokratie muss gelebt werden, um gelernt werden zu können“.⁹¹⁸ Der inhärente Zusammenhang zwischen dem Erlernen der Demokratie und der praktischen Ausübung demokratischer Rechte, Verfahren und auch Freiheiten wird in dieser Begriffsbestimmung deutlich. Es geht nicht lediglich um Wissen über demokratische Staatsformen oder formale Mitarbeit in Gremien; dabei ist das Erlernen und Anwenden von Demokratie nicht auf Schüler*innen beschränkt, sondern wird und bleibt eine gesamtgesellschaftliche und vor allem zivilgesellschaftliche Aufgabe.⁹¹⁹ Demokratie ergibt sich dabei nicht nur aus sich selbst oder aus vernunftmäßiger Einsicht heraus, wie im rationalistischen Weltbild der Aufklärung. „Jenseits essentialistischer theoretischer Bestimmungen“ ist Demokratie immer als „in der Mache“ zu greifen.⁹²⁰

thrown: The Latter, Is an Essay Concerning the Original, Extent, and End, of Civil Government, London 1823 (1689), Chapter IX Nr. 124 (S. 159), online verfügbar unter: <https://www.yorku.ca/comninel/courses/3025pdf/Locke.pdf>: „[...] yet men, being biased by their interest, as well as ignorant for want of study of it, are not apt to allow of it as a law binding to them in the application of it to their particular cases.“

916 Siehe Steidl Verlag: Oskar Negt – *Der politische Mensch*, online verfügbar unter: <https://steidl.de/Books/Der-politische-Mensch-1516273036.html>.

917 Siehe „In dieser Gesellschaft brodeln es“. Der Philosoph Oskar Negt über die Risse in der Sozialordnung, die Notwendigkeit politischer Bildung und die Spannung zwischen Wirklichkeit und Utopie, in: Der Spiegel 32/2010, S. 99.

918 Siehe Himmelmann, Gerhard: *Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu?*, in: BLK 2004 – (Beiträge zur Demokratiepädagogik), Berlin 2004, S. 6.

919 Vgl. Fauser, Peter: *Was ist Demokratiepädagogik? – Eine funktionale Bestimmung*, in: Wolfgang Beutel (Hrsg.): *Demokratiepädagogik: Lernen für die Zivilgesellschaft*, Schwalbach 2007, S. 202f.

920 Siehe und vgl. Voß, Jan-Peter/Schölz, Hagen: *Fabrikation von Demokratie Rundgang über einige Baustellen der performativen Repräsentation des will of the people*, in: Jan-Peter Voß/Hagen Schölz (Hrsg.): *Die Fabrikation von Demokratie. Baustellen performativer politischer Repräsentation*, Wiesbaden 2024, S. 22.

Dabei sind viele bisherige politikbildnerische Ansätze an einigen Stellen oft defizitorientiert. Auch die bisherige Analyse vorliegender Arbeit verleitet dazu, insbesondere sich an den Problemen abzuarbeiten, die Verschwörungsideologien an demokratischen Gemeinwesen aufzeichnen und aufdecken. Produktiv und vielversprechend erscheint mir jedoch vor allem ein ressourcenorientierter Umgang mit der Thematik, der Demokratie selbst als Ressource im Vergleich zu Verschwörungsideologie begreift und der diejenigen dahinterliegenden Ressourcen stärken will, die Demokratie in der heutigen Zeit voranbringen.

So bieten auch die in Kapitel 3.3.1 beschriebenen Lernpathologien durchaus die Möglichkeit, tatsächlich an ihnen zu lernen. Wenngleich nicht oder nur erschwert für diejenigen, die in der Verschwörungsideologie gefangen sind, so doch für das politische und gesellschaftliche Gesamtsystem, in dem sie sich bewegen. „Aus Schaden wird man klug“, könnte man auch anmerken. Daraus können schließlich auch Individuen und nicht nur die Systemebene wichtige Schlüsse für ihr eigenes Handeln ziehen. Ähnlich dazu bietet der Ansatz der Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit eine Grundlage, die die Weltdeutung ihrer Klient*innen anerkennt – nicht aber ohne sie auch kritisch hinterfragbar zu machen und Ressourcen für einen Umgang mit dem realen Umfeld zu bieten:

„Eine lebensweltorientierte Soziale Arbeit orientiert sich einerseits an den AdressatInnen Sozialer Arbeit, an ihren Deutungen ihrer Lebensverhältnisse, Lebensschwierigkeiten sowie ihren Ressourcen. Andererseits bezieht sie sich auf subjektbezogene wie auch auf gesellschaftliche Bedingungen und Möglichkeiten. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der Lebensräume und der sozialen Bezüge der AdressatInnen und ihrer Ressourcen und (Selbst-)Hilfemöglichkeiten, um ihnen so einen gelingenden Alltag zu ermöglichen. Anders formuliert, die Lebensweltorientierung bearbeitet Schwierigkeiten und Probleme in der Komplexität des Alltags. Gleichzeitig agiert sie aber auch provozierend und verfremdend, um Menschen aus den Verstrickungen des Alltags herauszubegleiten.“⁹²¹

Eine demokratiepädagogische Antwort auf Verschwörungsideologien sollte daher die im vorherigen Kapitel aufgezeigten Unsicherheiten ernst nehmen und als Handlungsfelder begreifen. In ihnen sollten demokratische Ressour-

921 Siehe Füssenhäuser, Cornelia: *Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit*, in: Bernd Dollinger/Jürgen Raithel (Hrsg.): *Aktivierende Sozialpädagogik. Ein kritisches Glossar*, Wiesbaden 2006, S. 127.

cen bereitgestellt, aktiviert oder verstärkt werden. Die im Folgenden aufzuzeigenden Handlungsfelder sollten gemeinsam und vernetzt gedacht werden. Gleichzeitig kann dieses Kapitel ohne vorherige Erprobung und Evaluierung keinen abschließenden Maßnahmenkatalog oder Handlungsleitfaden vorlegen, sondern will vielmehr Möglichkeiten aufzeigen und Grundlagen für ein weiteres Desiderat der demokratietheoretischen und demokratiepädagogischen Forschung und Praxis aufzeigen.

Eine demokratiepädagogische Traditionslinie, die sich vor allem auf John Dewey zurückverfolgen lässt, setzt große Hoffnung in das *Projekthandeln* zum Erlernen demokratischer Praxis: „Selbständiges und verantwortliches Handeln in einer Demokratie ist zusätzlich noch von fachlichen und methodischen Fähigkeiten abhängig. Alle diese Fähigkeiten, die für die Gestaltung der Demokratie benötigt werden, lassen sich vor allem über ein Projekthandeln erwerben.“⁹²² Projekt ist hier im Sinne von und anknüpfend an Dewey etwas gesellschaftlich Relevantes und sollte auch in Gruppen stattfinden – und zwar in demokratischer Art und Weise.⁹²³ Für Hans Gerr ist Projekthandeln „gekennzeichnet durch eine Integration von Wert-, Handlungs- und Reflexionsorientierung.“⁹²⁴ Mit diesem Dreiklang lässt sich direkt anschließen an die bereits aufgeworfenen Unsicherheiten im demokratischen Umgang mit Verschwörungsideologien:

1. Reflexionsorientiertes Handeln setzt notwendigerweise Wissens- und Erfahrungsressourcen voraus
2. Wertorientierung ist angewiesen auf spezifisch demokratische Werte und deren Widerstandsfähigkeit gegenüber Autoritarismen
3. Eine handlungsorientierte Herangehensweise schließlich setzt institutionell Handlungsfähigkeit bzw. auf personaler Ebene Selbstwirksamkeit voraus

Die Arbeit an diesen drei Handlungsfeldern, die direkt mit den Erkenntnissen aus der Analyse verschwörungsideologischer Einstellungen und Erzählungen in Demokratien verknüpft sind, werde ich daher in diesem Ausblick näher skizzieren. Dabei gehe ich davon aus, dass die drei Handlungsfelder notwendigerweise miteinander verknüpft werden und nicht isoliert bzw. getrennt gedacht werden dürfen, um erfolgreich zu sein.

922 Siehe und vgl. Gerr, Hans E.: *Demokratie leben lernen und Projekthandeln. Einführung in die Demokratiepädagogik*, 3. erweiterte Auflage, Norderstedt 2018, S. 57.

923 Vgl. a. a. O., S. 58, 62, 91.

924 Siehe und vgl. a. a. O., S. 75.

So ist (politisches oder historisches) Wissen allein, also ohne Zusammenspiel mit weiteren Faktoren, kein geeigneter Prädiktor für eine demokratische Einstellung. Etwa mag Platons Philosophenkönig zwar mit Wissen und Weisheit gesegnet sein und in den Augen des griechischen Philosophen der ideale Staatslenker sein. Als demokratisch kann man das von Platon erdachte ständische Staatswesen aber kaum bezeichnen. Die Vermittlung von Fachwissen allein reicht auch nicht zur Ausprägung demokratischer Einstellungen (wenngleich es eine wichtige grundlegende Kompetenz ist).⁹²⁵ Dennoch sind Wissensressourcen dennoch kein zu vernachlässigender Faktor. Eine aktuelle Studie zur Unterstützung von Populismus in Europa zeigt etwa, dass politische Selbstwirksamkeit ohne zugrundeliegende Wissensressourcen im Gegenteil sogar positiv mit der Anfälligkeit für Populismus korreliert.⁹²⁶

Gleichzeitig empfiehlt die Studie explizit nicht, politische Selbstwirksamkeit – das heißt handlungsorientierte Ressourcen – zurückzufahren, sondern eben beide Ebenen auszubauen.⁹²⁷ Ähnliches – also die Notwendigkeit zur Stärkung sowohl von Wissens- als auch Handlungsressourcen – stellt auch Trond Solhaug fest, der schreibt:

„Self-efficacy turns out to be a stronger predictor than knowledge of future participation, both directly and indirectly through the mediated effect of motivation. Knowledge, on the other hand, is a stronger predictor of tolerance and involvement than self-efficacy. The results should be interpreted as both self-efficacy and knowledge playing a vital but different role in civic practice.“⁹²⁸

Gemeint ist hier durchaus politisches Wissen, Einschätzungsfähigkeit und auch Wissen über politische Systeme und Prozesse.⁹²⁹ Die Verbindung die-

925 Vgl. Pohl, Kerstin: *Kompetenzorientierung und konzeptuelles Deutungswissen: (K)ein neuer Königsweg für politische Bildung?*, in: *bpb.de*, 24.03.2020, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/305945/kompetenzorientierung-und-konzeptuelles-deutungswissen-k-ein-neuer-koenigsweg-fuer-politische-bildung/>.

926 Vgl. Rico, Guillem/Juinjoan, Marc/Anduiza, Eva: *Empowered and enraged: Political efficacy, anger and support for populism in Europe*, in: *European Journal of Political Research* 59, 2020, S. 797–816.

927 Vgl. a.a.O., S. 809f.

928 Siehe Solhaug, Trond: *Knowledge and Self-Efficacy as Predictors of Political Participation and Civic Attitudes: With Relevance for Educational Practice*, in: *Policy Futures in Education* 4 (3) 2006, S. 276. „Self-efficacy“ kann hier gleichbedeutend mit „political efficacy“ verwendet werden, siehe S. 269.

929 Vgl. a.a.O., S. 268.

ser beiden Ressourcen adressiert also sowohl die aufgeworfene Unsicherheit auf epistemischer Ebene als auch die Unsicherheit auf der funktionalen Ebene, soweit sie von Verschwörungsideologien ausgenutzt werden.

Offen bleibt dabei weiterhin die normative Unsicherheit. Meiner Ansicht nach muss diese Ebene gleichberechtigt mit den beiden anderen behandelt werden, um demokratische Einstellungen zu stärken. Ein diktatorisches Regime kann zweifelsohne, wie die Geschichte zeigt, handlungsmächtig sein; auch Wissensressourcen müssen ihm nicht zwingend verschlossen werden; seine demokratische Ausrichtung scheitert jedoch an der wertemäßigen Orientierung an der Demokratie und den aus diesem Mangel folgenden Handlungen. Gemäß dem am Anfang dieses Kapitels dargestellten Diktum „Demokratie braucht Demokraten“ kann ein demokratisches Gemeinwesen nämlich nicht allein auf der Wissens- und Handlungsebene konstituiert werden, sondern muss auch aus intrinsischer Motivation demokratisch ausgefüllt werden. Dazu reicht kein Faktenwissen über demokratische Staatsformen, Institutionen oder Verfahrensweisen. Für Oskar Negt gehört die Orientierung in normativen Fragen eng mit der Ebene der Faktizität zusammen: „So liegt für mich die Aktualität des Moralischen wesentlich darin, Lernprozesse zu eröffnen, in denen sich sachliche Kompetenz mit Orientierung verknüpft.“⁹³⁰ Gleichzeitig eröffnet sich aber auch die normative Ebene erst dann vollständig, wenn es möglich ist, die eigenen Wertvorstellungen mit Fakten zu unterlegen und Fakten wie auch Quellen – auch eigene Standpunkte – kritisch zu hinterfragen.

Alle drei Ressourcenebenen – die Wissens- und Erfahrungsressourcen, demokratische Werte und demokratische Widerstandsfähigkeit sowie politische Selbstwirksamkeit – sind damit ineinander verwoben und sollten nicht ohne die jeweils anderen Ressourcen gedacht werden. In Deweys *Lectures in Social and Political Philosophy* lässt sich dieser Dreiklang auch wieder konzeptionell finden: Er spricht neben der „[p]olitical democracy“, die viele epistemische und diskursive Anteile beinhaltet, auch von der „moral [...] democracy“ und der „social democracy“.⁹³¹ Für ihn sind diese drei Ebenen untrennbar miteinander verbunden.

Da Verschwörungsideologien, wenn auch ggf. in unterschiedlicher Ausprägung, immer alle drei im vorherigen Kapitel aufgezeigten Unsicher-

930 Siehe und vgl. Siehe Negt, Oskar: *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*, 2. Auflage, Göttingen 2011, S. 544.

931 Siehe Dewey, John: *Lectures in Social and Political Philosophy*, in: *European Journal of Pragmatism and American Philosophy* VII (2), 2015, S. 84. doi: <https://doi.org/10.4000/ejpap.404>.

heiten ausnutzen, muss eine demokratische Antwort auf sie auch alle dazugehörigen Ressourcen stärken bzw. zur Verfügung stellen. Die isolierte Betrachtung eines Feldes kann, wie festgestellt, sogar zu paradoxen Auswirkungen führen, die verschwörungsideologischem Denken eher zugutekommen.

Ein verbindendes Element zur Verknüpfung der drei Ressourcenebenen kann dabei das Konzept der Ambiguitätstoleranz bilden. Anknüpfend an Frenkel-Brunswik und weitere, spätere Theoriebildung kann Ambiguitätstoleranz als die Fähigkeit beschrieben werden, mit unbekannten, komplizierten oder widersprüchlichen Situationen umzugehen ohne dabei übermäßige Level an Stress oder die Flucht in Vermeidungsstrategien zu zeigen.⁹³² Dass verschwörungsideologische Einstellung sich einerseits aus mangelnder Ambiguitätstoleranz hervorheben, sie vor allem aber auch ein Problem im Aushalten von Ambiguität an den Tag legen, hat diese Studie bereits im Hauptteil gleich an mehreren Stellen gezeigt. Ambiguitätstoleranz ist eine wichtige Ressource zur persönlichen Robustheit und zur Erschließung der Welt, weil sich Ambiguität so gut wie nie in Gänze ausschließen lässt.⁹³³ Sie ist „unverzichtbare Schlüsselkompetenz für das notorisch *unsichere Gelände* des modernen Alltags.“⁹³⁴ Man könnte so weit gehen und sagen, dass Ambiguität geradezu die normative Essenz des Daseins demokratischer Gemeinwesen bildet.⁹³⁵ Zum Ausdruck kommt das im, dem letzten Kapitel bereits zugrunde gelegten, Konzept der Antinomien der Demokratie: ein demokratisches Gemeinwesen changiert immer zwischen den beiden jeweiligen antinomischen Polen; gewinnt einer davon Überhand, so droht eine funktioneller Defekt der Demokratie. Die in Kapitel 4 dargestellte, sich in dreierlei Gestalt zeigende, Unsicherheit birgt also immer eine unauflösbare Ambiguität in sich. Diese auszuhalten wird damit zur zentralen demokratischen Ressource. Noch drastischer drückt es Zygmunt

932 Vgl. Furnham, Adrian/Ribchester, Tracy: *Tolerance of ambiguity: A review of the concept, its measurement and applications*, in: *Current Psychology* 14, 1995, S. 179.

933 Vgl. Bauer, Thomas: *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*, Ditzingen 2018, S. 14f.

934 Siehe Spitzer, Nils: *Schritte ins Ungewisse. Wie sich Ungewissheit im Leben besser aushalten lässt*, Wiesbaden 2020, S. 108.

935 Ich verweise an dieser Stelle nochmals auf die Darstellungen über die Leerstelle der Macht und andere epistemologisch offene Konzeptionen von Demokratie in Kapitel 4.1. Vgl. dazu auch die, in Zusammenhang mit den Studie *The Authoritarian Personality* stehenden, Ausarbeitungen von Frenkel-Brunswik, Else: *Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable*, in: *Journal of Personality* 18, 1949, S. 108–143.

Bauman aus, wenn er schreibt, Ambiguität sei „die einzige Kraft, die imstande ist, das destruktive, genozidale Potential der Moderne einzuschränken und zu entschärfen.“⁹³⁶ Einigkeit kann jedenfalls darin bestehen, dass die Fähigkeit, Uneindeutigkeit auszuhalten eine essenzielle demokratische Ressource darstellt – oder wie Pia Diergarten sogar in Anknüpfung an Jean-François Lyotard schreibt, müsse man „Ambiguität als Wert“ begreifen.⁹³⁷

Wie aber kann Ambiguitätstoleranz als demokratische Ressource gestärkt werden? (Individual)psychologische Ratgeber zur Stärkung der individuellen Ambiguitätstoleranz existieren durchaus,⁹³⁸ ähnlich wie Studien, die Ambiguitätstoleranz in Individuen und verschiedene Einflussfaktoren messen und erklären.⁹³⁹ Ansätze zu einem pädagogischen oder sozialwissenschaftlichen Programm scheinen nach weitergehender Recherche zum Thema jedoch noch ausbaufähig. Bisherige Ansätze beschränken sich zu meist unter anderem darauf, sich mit Uneindeutigkeit „selbstreflexiv“ auseinanderzusetzen⁹⁴⁰ oder durch „Experimentieren“ im allgemeinen Sinne ambige Settings herzustellen.⁹⁴¹ In Methoden zur Förderung der Ambiguitätstoleranz besteht also noch ein größeres Desiderat.

Dabei ist es mir in Reaktion auf Verschwörungsideologien wichtig, noch einmal hervorzuheben, dass Ambiguitätstoleranz auf allen Ebenen angesprochen werden muss, um ihre Wirkmächtigkeit zu entfalten. Demokratisch-diskursiv erkämpftes Wissen ist nicht sicher, sondern labil, demokratische Normen werden immer wieder durch unterschiedliche Versuchungen

936 Siehe Bauman, Zygmunt: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 2005, S. 90.

937 Siehe Diergarten, Pia: *Die Logik der Ambiguität – ein Überblick*, in: ZPT 74 (2) 2022, S. 154.

938 Vgl. etwa Spitzer 2020.

939 Vgl. Ziegler, Rene/Titt, Raphael: *Ambiguitätstoleranz. Die Entwicklung des Konstrukts in der psychologischen Forschung*, in: Marlene Deibl/Katharina Mairinger (Hrsg.): *Eindeutig mehrdeutig. Ambiguitäten im Spannungsfeld von Gesellschaft, Wissenschaft und Religion*, Wien 2022, S. 15–42.

940 Siehe und vgl. Forstner-Ebhart, Angela/Katschnig, Tamara/Poterpin, Elke/Schroll, Christian: *Zur Förderung von Ambiguitätstoleranz in der Nachhaltigkeitsbildung*, in: *R&E-Source. Open Online Journal for Research and Education. Jahrestagung zur Forschung 2022*, S. 14, online verfügbar unter: <https://www.gruene-paedagogik.at/wp-content/uploads/sites/7/2022/11/Ambiguitaetstoleranz.pdf>.

941 Siehe und vgl. Wiepcke, Claudia: *Ambiguitätstoleranz – Durch Experimentieren lernen, mit Ungewissheit umzugehen. Entrepreneurship-Education-Übung für Schüler und Studierende*, RKW Kompetenzzentrum, Eschborn 2018, online verfügbar unter: <https://www.rkw-kompetenzzentrum.de/publikationen/leitfaden/ambiguitaetstoleranz-durch-experimentieren-lernen-mit-ungewissheit-umzugehen/>.

herausgefordert und die Integrität demokratischer Institutionen steht stets vor der Herausforderung, sich selbst zu beweisen. Somit muss Ambiguitätstoleranz in allen drei Handlungsfeldern bzw. Ressourcenebenen gestärkt werden.

Im Folgenden will ich genauer darauf eingehen, welches Begriffsverständnis ich den vorgenannten drei Ressourcenebenen zugrunde lege. Im Rahmen dieser Begriffsbestimmungen werde ich einige beispielhafte Handlungsfelder adressieren, die die angesprochenen Ressourcen stärken können und die mir vielversprechend erscheinen, um Verschwörungsideologien eine demokratische Antwort entgegenzuhalten. Diese Beispiele sind einerseits illustrativ, um die aufgeworfenen Begriffe mit Leben zu füllen und ihnen konkrete Handlungsfelder zuordnen zu können, sie dienen aber auch als Desiderat, dessen weitere praktische und empirische Untersuchung sich mir als lohnend darstellt.

5.1 Grundfesten des Wissens: Faktizität im Kontext von Unsicherheit

Zum inhärenten Zusammenhang zwischen Wahrheitskonzeptionen und Verschwörungsideologie auf der einen Seite und zwischen Faktizität und Demokratie auf der anderen Seite hat diese Arbeit bereits in Kapitel 3.2.1 zum ideologischen Charakter von Verschwörungsideologien und im Kapitel 3.3.1 zum ideologischen Lernen einige Feststellungen getroffen. So sind Verschwörungsideologien in einem historischen Sinne als falsch zu betrachten, da ihnen eine verschobene Geschichtsmetaphysik zugrunde liegt. Gleichzeitig sind demokratische Gemeinwesen jedoch auf geteilte Fakten als Ausgangslage demokratischer Deliberation und demokratischer Aushandlungsprozesse angewiesen. „*In der Demokratie spielt der Austausch von Argumenten, der Rekurs auf gute Gründe eine größere Rolle als in jeder anderen Staatsform*“, schreibt auch Julian Nida-Rümelin in seiner Abhandlung zum Verhältnis zwischen Demokratie und Wahrheit.⁹⁴² Deliberation ist demnach nach seinem Verständnis das Wesen der Demokratie, die Abwägung von Gründen eine ihrer zentralen Darstellungsformen.⁹⁴³ Selbst der zu Eingang dieses Kapitels erwähnte Hans Kelsen, der mit Maßnahmen, die die Demokratie normativ förderten, zurückhaltend war, erkannte das Potential der politischen Bildung. Wissen und kritisches Denken waren

942 Siehe Nida-Rümelin, Julian: *Demokratie und Wahrheit*, München 2006, S. 39.

943 Vgl. a.a.O., S. 39f.

für ihn nämlich unerlässliche Voraussetzungen für die politische Beteiligung.⁹⁴⁴

„Wenn ein Wahrheitsanspruch gestellt wird, dann ist die Frage nach wahr oder falsch unerlässlich“, sie kann also nicht einfach mit dem Verweis auf eine neutral-wissenssoziologische Betrachtung über orthodoxes und heterodoxes Wissen⁹⁴⁵ beiseite gewischt werden.⁹⁴⁶ In einem produktiven Lernprozess ist die „Konfrontation mit Fakten“ somit notwendig.⁹⁴⁷ Gleichzeitig sollte dieses Faktenwissen, wie dargestellt, nicht von anderen Faktoren getrennt gedacht werden:

„Wird das Denken jedoch von der *Konfrontation* mit Fakten isoliert, dann reduziert es sich auf das bloße Anhäufen von Daten und beschäftigt sich nur mehr mit dem Sammeln von Details; es zieht sich auf eine sichere Tätigkeit zurück, da es weder nach deren Bedeutung noch nach deren Konsequenzen fragt und nie eine mögliche Verwendung der gesammelten Fakten erwägt, um eine bestimmte Situation verändern zu können.“⁹⁴⁸

Im gleichen Zug mit Faktenwissen müssen auch dessen Bedeutung (auf der sinngebenden bzw. normativen Ebene) und dessen Konsequenzen (d.h. die Handlungsebene) mitbedacht werden. Robert Wentz schreibt weiter: „Solange Verhaltensgewohnheiten funktionieren und solange es keine Konflikte gibt, werden auch keine Denkprozesse initiiert, da gewohnte Handlungen ungestört ablaufen können.“⁹⁴⁹ Hier liegt auch das inhärente Problem von Verschwörungsideologien auf dieser Ebene: im verschwörungsideologischen Weltbild existieren zwar Konflikte, mitunter sogar existenzielle Konflikte. Diese werden jedoch sämtlich externalisiert und auf der imaginierten Ebene der Verschwörung abgelegt. So können hier auch keine produktiven und demokratiefördernden Denk- bzw. Lernprozesse stattfinden.

944 Für ihn gehörte dazu nicht nur die (neutrale) Vermittlung staatsrechtlicher Kenntnisse, sondern auch wissenschaftliche Methodik und kritisches Denken; vgl. Ehs, Tamara: *Hans Kelsen und politische Bildung im modernen Staat*, Wien 2007, S. 44, 136, 142, 151.

945 Wie etwa Anton/Schetsche 2024.

946 Siehe und vgl. Wentz, Robert: *Demokratie am Scheideweg. Die Aktualität der Sozialphilosophie John Deweys für eine kritische Gesellschaftstheorie*, Berlin 2006, S. 37.

947 Siehe und vgl. a. a. O., S. 52.

948 Siehe ebd.

949 Siehe ebd.

Zwischen Faktizität und Demokratie bzw. auch der Ablehnung von Demokratie gibt es also einen bedeutenden Zusammenhang. Die Einigung auf einer faktischen Ebene ist notwendige Grundlage für demokratisches Zusammenhandeln. Oliver Hidalgo schließt, im Rückgriff auf Alexis de Tocquevilles Feststellungen über die *Demokratie in Amerika*, den „Bedarf an einer Qualifizierung der Bürgerschaft in pädagogischer Hinsicht“.⁹⁵⁰ Wenngleich vor dem Hintergrund verschwörungsideologischen Denkens Demokratie immer wieder in Gefahr scheint, rät Nida-Rümelin zu einem „epistemischen Optimismus“, daran zu glauben, dass die Kraft des Arguments siegt.⁹⁵¹ Um Anlass zu geben, diesen epistemischen Optimismus tatsächlich annehmen zu können, bedarf es aber einer Stärkung der Grundlagen der Demokratie auf einer Faktenebene, eben jener *Qualifizierung der Bürgerschaft*, als Wissensressource. Nicht zuletzt gibt Wissen auch Sicherheit und kann damit eine direkte Antwort auf eine der grundlegenden sozialpsychologischen Ursachen im Entstehen von Verschwörungsideologien sein.

Statt „reliable knowledge“ braucht ein Gemeinwesen „socially robust knowledge“.⁹⁵² Das heißt, Wissen muss, im Institutionenmodell gedacht, nicht nur sachlich zutreffend, sondern auch sozial relevant und dauerhaft sein. Das ist eine Querschnittsaufgabe aller in diesem Unterkapitel angesprochenen Bildungsmaßnahmen, um eine soziale Verankerung und Relevanz zu erreichen.

Als Schlussfolgerung auf meine in Kapitel 3 getroffenen Feststellungen zu Strukturen, Ursachen und Wirkungen von Verschwörungsideologien müssen Wissensressourcen vor allem in zwei Bereichen gestärkt werden: auf Ebene des politischen und historischen Wissens als Antwort auf subjektive Realitätskonstruktionen, also unter anderem eine falsche Geschichtsmetaphysik und falsche, unterkomplexe Zuschreibungen politischer Prozesse; und auf der Ebene wissenschaftlicher Fakten und wissenschaftlicher Verfahrensweisen, die diesen Fakten zugrunde liegen als Antwort auf Rationalisierungsstrategien, denen unterschiedliche logische Fehlschlüsse und andere Falschattribuierungen zugrunde liegen, die Verschwörungsideologien kennzeichnen.

950 Siehe und vgl. Hidalgo 2014, S. 159.

951 Siehe und vgl. Nida-Rümelin 2006, S. 51.

952 Siehe zu den beiden Konzepten Nowotny, Helga/Scott, Peter/Gibbons, Michael: *Rethinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*, Cambridge 2001, S. 201.

Politische und historische Bildung

Als Erstes in den Sinn kommen bei diesem Punkt die klassischen Fächer der politischen Bildung und des Geschichtsunterrichts, wie sie in Schulen stattfinden. Wenngleich der Verweis auf sie wenig innovativ oder originell scheinen mag, so werden hier dennoch wichtige Grundlagen für das Verständnis von Gesellschaft und gesellschaftlichen Zusammenhängen gelegt. Das ist schließlich die Grundlage, die nicht nur als Reaktion auf verschwörungsideologische Bedrohungen notwendig ist, sondern eine allgemeingültige Ressource für demokratisches Zusammenleben. Karl Popper beschreibt das wie folgt: „Aufgabe einer Gesellschaftstheorie ist [...] zu erklären, wie die unbeabsichtigten Konsequenzen unserer Absichten und Handlungen entstehen und was für Folgen es hat, wenn Menschen das eine oder andere in einer bestimmten sozialen Situation tun.“⁹⁵³

Dabei ist die Begriffsbestimmung der dazugehörigen pädagogischen Disziplin zunächst unklar. Üblicherweise ist die Rede von politischer Bildung, oft (miss)verstanden als reine Faktenvermittlung über politische und gesellschaftliche Institutionen und Verfahren. Ist die Rede von politischer Bildung, fallen oft Stichwörter wie ein Neutralitätsgebot oder wie das Kontroversitätsgebot des *Beutelsbacher Konsens*, eine der grundlegenden normativen Ausformungen der politischen Bildung in Deutschland. Ein unbedingtes Neutralitätsgebot ist jedoch eine Fehlinterpretation des *Beutelsbacher Konsens* und keine sinnvolle Vorgabe politischer Bildung, wie in jüngeren Veröffentlichungen übereinstimmend festgestellt wird. Ein absolutes Neutralitätsgebot, abgesehen von einer selbstverständlichen Abstinenz von Parteipolitik, wird so entweder „zur Ideologie oder zur Illusion“.⁹⁵⁴ Im Gegensatz dazu gibt es nicht ein Neutralitätsgebot, sondern sogar das Gebot bzw. für Lehrkräfte die Rechtspflicht, nicht neutral zu sein, sobald eine Bedrohung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung im Raum steht.⁹⁵⁵ Das Kontroversitätsgebot wird mitunter unterschiedlich ausgelegt, seine allgemeine Sinnhaftigkeit jedoch oft in Frage gestellt. Diese „Kontroverse über

953 Siehe Popper 1994 (1963), S. 182.

954 Siehe und vgl. Hufer, Klaus Peter: *Neutralitätsgebot*, in: *Grundbegriffe der Politischen Bildung*, 01.02.2022, online verfügbar unter: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/grundbegriffe/neutralitaetsgebot/>.

955 Vgl. Wieland, Joachim: *Was man sagen darf: Mythos Neutralität in Schule und Unterricht*, in: *bpb.de*, 06.08.2019, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/292674/was-man-sagen-darf-mythos-neutralitaet-in-schule-und-unterricht/>.

Kontroversitätsgebote“ ist kein Spezifikum der deutschen politischen Bildung, sondern spiegelt auch eine internationale Debatte wider.⁹⁵⁶

Sofern **politische Bildung** mit einem explizit normativen Anspruch daherkommt, wie es etwa die Traditionen der *Demokratiepädagogik*, des *Demokratie Lernens* oder zum Teil auch der angelsächsischen *civic education* tun, stellt sich diese Frage insofern nur eingeschränkt, als dass in ihnen klar wird, dass es auch politische Sachverhalte gibt, die nicht einer kontroversen Debatte anheim stehen. Grundlegende Herleitungen kann hier etwa Ernst Fraenkels Neopluralismus sein, der davon ausgeht, dass es in Demokratien einen nicht-kontroversen Sektor – bestehend aus dem zentralen demokratischen Grundkonsens – und einen kontroversen Sektor – bestehend aus allem, was es politisch zu diskutieren gilt – gibt.⁹⁵⁷ Für Fraenkel besteht die normative Maßgabe nicht nur darin, dass es einen theoretischen Pluralismus im kontroversen Sektor gibt, sondern auch darin, dass verschiedene Gruppen sich tatsächlich offen am Willensbildungsprozess beteiligen und sich gemeinsam der Frage stellen, was das Gemeinwohl ist.⁹⁵⁸ „Politische Kultur“ ist für ihn Grundlage seines Demokratiemodells; sein Menschenbild „das vernünftige und aufgeklärte, zu Einsicht und sittlicher Bindung fähige Individuum Kantischer Prägung.“⁹⁵⁹ Die politische Bildung zur Demokratie und zum Pluralismus – in bewusster Abgrenzung zu nicht-demokratischen Einstellungen – war für ihn dabei ein zentrales Element: „Der Neuaufbau des Rechtsstaates verlangt die Erziehung des Volkes zum Rechtsbewußtsein. [...] Nur, wenn die Rassenlehre innerlich überwunden ist, kann in Deutschland der Rechtsstaat wieder auferstehen.“⁹⁶⁰ Politische Bildung hat für Fraenkel einen inhärenten normativen Anspruch, nämlich den, wie

956 Siehe und vgl. Drerup, Johannes/Yacek, Douglas: *Wir können, müssen aber nicht über alles kontrovers diskutieren. Über Grenzen des politischen Streits und die Kontroverse über Kontroversitätsgebote*, in: *Journal für politische Bildung* 4/2020, S. 18–23, online verfügbar unter: <https://www.journal-pb.de/blog/wir-koennen-muessen-aber-nicht-ueber-alles-kontrovers-diskutieren>.

957 Vgl. von Brünneck, Alexander: *Ernst Fraenkels Konzept der pluralistischen Demokratie*, in: van Ooyen, Robert und Möllers, Martin (Hrsg.): *(Doppel-)Staat und Gruppeninteressen. Pluralismus – Parlamentarismus – Schmitt-Kritik bei Ernst Fraenkel*, Baden-Baden 2009, S. 21.

958 Vgl. Fraenkel, Ernst: *Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie [1964]*, in: Fraenkel, Ernst: *Gesammelte Schriften, Band 5, Demokratie und Pluralismus*, Baden-Baden 2007, S. 256–280.

959 Siehe und vgl. von Brünneck 2009, S. 24.

960 Siehe Fraenkel, Ernst: *Der Neuaufbau des Rechtsstaats im nach-Hitlerschen Deutschland [1943]*, in: Fraenkel, Ernst: *Gesammelte Schriften, Band 3, Neuaufbau der Demokratie in Deutschland und Korea*, Baden-Baden, 1999, S. 79.

Demokratie am besten funktionieren kann, wie demokratische Werte aufrechterhalten können und wie eine plurale Gesellschaft funktionieren soll:

„[...] politische Bildung [...] muß sich vielmehr zusätzlich darum bemühen aufzuzeigen, wie er unter den obwaltenden Bedingungen optimal zu funktionieren vermag. [...] Politische Bildung muß verständlich machen, wie die in jeder heterogenen Gesellschaft inhärenten zentrifugalen Tendenzen durch freiwillige Anerkennung eines als allgemein verbindlich anerkannten Wertkodex in Schach gehalten werden können [...]. Politische Bildung ist mit anderen Worten dazu berufen aufzuzeigen, wie in einer Gesellschaft, die sich ihres heterogenen Charakters voll bewußt ist, Demokratie möglich ist, ohne zur Zersetzung der staatlichen oder zur Unterdrückung der partiellen Gemeinschaft zu führen.“⁹⁶¹

Auch Karl Poppers Toleranzparadoxon kann als Herleitung für eine normgeleitete politische Bildung herangezogen werden: „[...] wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“⁹⁶² Diese Studie hat aufgezeigt, wie apodiktisch und im Kern antidemokratisch Verschwörungsideologien arbeiten und warum sie eine Bedrohung für demokratische Gemeinwesen darstellen. Eine normativ orientierte politische Bildung oder Demokratiepädagogik ist also nicht verpflichtet, verschwörungsideologischen Inhalten gegenüber sich neutral zu verhalten oder sie als kontrovers, heißt diskutabel, darzustellen. Daneben erscheint es zudem kontraproduktiv, verschwörungsideologische Inhalte in öffentlichen Räumen durch eine gleichberechtigte oder kontroverse Behandlung aufzuwerten.⁹⁶³ Nach der Arbeit an dieser grundlegenden Frage der politischen Bildung, möchte ich aufzeigen, warum politische Bildung und auch historische Bildung wichtig im Kampf gegen Verschwörungsideologien sind. Dabei beschränke ich mich, kongruent mit der Zielsetzung dieses Unterkapitels auf die Ressource Faktizität, bei der Betrachtung auf eine vorrangig Faktenwissen vermittelnde politische und his-

961 Siehe Fraenkel 2007 [1964], S. 288f.

962 Siehe Popper, Karl: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band I. Der Zauber Platons*, 7. Auflage, mit weitgehenden Verbesserungen und neuen Anhängen, Tübingen 1992a (1945), S. 333.

963 Vgl. Drerup/Yacek 2020. U.U. kann ein Ernstnehmen des Gegenübers in einer 1:1 Situation – im Sinne der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit – jedoch durchaus die nötige Beziehungsebene für eine weitere Arbeit mit dem Klienten schaffen.

torische Bildung, im Bewusstsein dessen, dass dies ein unterkomplexes Bild zeichnet.

Dass auch eine so verstandene politische Bildung an Schulen eine wichtige Ressource darstellt, zeigen mittlerweile und bis heute auch viele empirische Studien. In der Einleitung zu diesem Kapitel habe ich bereits dargestellt, wie politische Bildung zusammengedacht mit politischer Selbstwirksamkeit Populismus und ähnlich gelagerten Einstellungen entgegenwirken kann. Positiver gedacht: Andreas Martin und Elisabeth Reichert zeigen etwa, wie politische Bildungsaktivitäten an Volksschulen einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung – und damit wiederum Wechselwirkungen mit dem dritten Handlungsfeld, der demokratischen Selbstwirksamkeit – haben.⁹⁶⁴ Das leitet sich daraus ab, dass wie bereits eingangs erwähnt, das Wissen über politische und soziale Zusammenhänge und Verfahren und das Bewusstsein über eine geteilte Wirklichkeit die basale Grundvoraussetzung für weitere demokratieförderliche und demokratische Handlungsweisen ist. Diese Feststellung beschränkt sich dabei nicht allein auf die Zielgruppe der Schüler*innen: notwendige Voraussetzung für eine demokratiepädagogische Arbeit im Klassenzimmer sind mit entsprechenden Ressourcen ausgestattete Lehrkräfte. Dabei geht es nicht ausschließlich um die durchaus existierenden Fälle, in denen das Lehrpersonal selbst verschwörungsideologische Inhalte verbreitet, sondern auch darum, dass Lehrkräften oft keine Instrumente an die Hand gegeben werden, um Verschwörungsideologien im Unterricht zu thematisieren. Auch wenn entsprechende Angebote vorhanden sind, stellt Uli Jäger von der Berghof Foundation fest, dass „[v]on einer systematischen Vorbereitung der Lehrkräfte [...] aber noch keine Rede sein“ könne.⁹⁶⁵ Eine Verankerung des Themas in der Lehrkräfteaus- und weiterbildung wäre hier also eine notwendige Grundvoraussetzung und könnte das Lehrpersonal in ihrer wichtigen Multiplikatorenfunktion stärken.

Politische Bildung darf dabei kein Bereich sein, der den Schulen vorbehalten wird. Nicht ganz zu Unrecht wird in der politischen Debatte oft

964 Vgl. Martin, Andreas/Reichert, Elisabeth: *Zum Einfluss der politischen Bildung an Volkshochschulen auf die Wahlbeteiligung/The influence of civic education in adult education centres on voter participation*, in: Josef Schrader/Alexandra Ioannidou/Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.): *Monetäre und nicht monetäre Erträge von Weiterbildung*, Wiesbaden 2020, S. 200 f.

965 Siehe Jäger, Uli: *Auf ein Wort, November 2020. Wie gut sind Lehrkräfte für den Umgang mit Verschwörungstheorien gewappnet?*, in: *Deutsche UNESCO-Kommission*, online verfügbar unter: <https://www.unesco.de/bildung/unesco-projektschulen/unesco-projekt-schulen-deutschland/uli-jaeger-friedenspaedagogik>.

der geringe Umfang politischer Bildung im schulischen Curriculum bemängelt. Doch auch andere Bildungsbereiche, insbesondere solche, die selbst normative gesellschaftliche Zielsetzungen verfolgen, dürfen hier nicht ausgeklammert werden. Namentlich sei hier vor allem den gesamten Bereich der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung genannt und die Soziale Arbeit, die sich zumindest in Teilen immer mehr auch zuständig für diesen Bereich fühlt.⁹⁶⁶ Dies ist folgerichtig, egal ob man die Ausbreitung von Verschwörungsideologien nun als Problem begreift, das es im Rahmen der Sozialen Arbeit als hinderlich für ein soziales Zusammenleben anzugehen gilt;⁹⁶⁷ oder ob man, wie hier versucht, eher davon ausgeht, dass politische Bildung – auch bereits zurückgeworfen auf die reine Faktenebene – eine wichtige Ressource zu Empowerment und gesellschaftlicher bzw. demokratischer Teilhabe darstellt.⁹⁶⁸

Dieser „social literacy“ stellt Michael Butter als zwei weitere wichtige Faktoren die *media literacy*, um die es im nächsten Unterkapitel 5.2 noch gehen wird, und eine „**historical literacy**“ als wichtige Ressourcen im Umgang mit Verschwörungsideologien zur Seite.⁹⁶⁹ Wenn man, wie vorliegende Arbeit es tut, davon ausgeht, dass Verschwörungsideologien auf einer falschen Geschichtsmetaphysik basieren, dann ist die Vermittlung historischen Wissens eine wichtige Ressource, um dieses verbreitete Bild von Geschichte geradezurücken. Dabei geht es darum, aufzuzeigen, dass Geschichte nicht lediglich die Abfolge von Handlungen mächtiger Männer ist, sondern von Interdependenzen, Zufällen und auch von der Abfolge von Handlungen alltäglicher Akteur*innen abhängig ist. Ein teleologisches oder gesetzmäßiges Geschichtsverständnis, wie es dem Geschichtsunterricht oft noch eigen ist, ist der Ausbildung dieser Ressource nicht unbedingt förderlich. Die Darstellung, dass Geschichte sich notwendigerweise auf die heutige politische und gesellschaftliche Realität hin entwickelt hat, leugnet Zufälle und Kontingen-

966 Vgl. Thimmel, Andreas/Schäfer, Stefan: *Politische Bildung und Soziale Arbeit*, in: *Wie geht gute politische Bildung?*, 17.11.2020, online verfügbar unter: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/bildungsbereiche/soziale-arbeit/>.

967 Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) sieht eine der Aufgaben der Sozialen Arbeit im „öffentlich machen problematischer Entwicklungen im Arbeitsfeld, um auf diese Weise Verantwortlichkeiten neu zu klären und gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozessen gegenzusteuern“, vgl. DBSH: *Grundlagen für die Arbeit des DBSH e. V.*, Berlin 2009, S. 23, online verfügbar unter: https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/downloads/grundlagenheft_-PDF-klein_01.pdf.

968 Vgl. ebd. Im Rahmen des angenommenen Doppelmandates der Sozialen Arbeit hat die Soziale Arbeit gleich zweifach den Auftrag, Verschwörungsideologien etwas entgegenzusetzen.

969 Siehe und vgl. Butter 2020, S. 229; Hervorhebung S.C.

zen und erhebt reine Pfadabhängigkeiten zu historischen Notwendigkeiten. Ein Geschichtsbild, das Ambiguität und Ambivalenz stärker hervorhebt und die Möglichkeit alternativer historischer Entwicklungen aufzeigt, könnte einer robusteren *historical literacy* sehr zuträglich sein.⁹⁷⁰

Die Wichtigkeit auch einer geschichtsmetaphysischen Orientierung unterstreichen etwa Einschätzungen zu den Ergebnissen u.a. der Landtagswahlen 2024 in Thüringen und Sachsen. Die dortigen AfD-Landesverbände, die sehr großen Zuwächse in beiden Wahlen verzeichnen konnten, gelten nicht nur als gesichert rechtsextrem, sondern verbreiten immer wieder auch verschwörungsideologische Erzählungen. So der Thüringer AfD-Vorsitzende Höcke, der wiederholt die Verschwörungserzählung vom so genannten *Großen Austausch* reproduziert.⁹⁷¹ Oliver Decker, Mitherausgeber der Leipziger Autoritarismus-Studien, zeigt im Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk auf, wie die AfD (und auch das BSW) verspreche, „Unsicherheiten und Ambivalenzen nicht aushalten zu müssen“.⁹⁷² Dieser „autoritären Unsicherheit“⁹⁷³ könnte eine demokratische Sicherheit und ein Institutionenvertrauen als demokratische Ressource gegenübergestellt werden. Diese erschöpft sich, wie wir in den folgenden beiden Unterkapiteln sehen werden, nicht allein in politischem und historischem Wissen. Dennoch bildet dieses die Grundlage zur erkenntnismäßigen Orientierung.

Wissenschaftliche Bildung

Wichtiger Faktor bei der Schaffung einer gemeinsamen faktischen Grundlage für gesellschaftliches Zusammenleben ist neben einem Verständnis dieser sozialen Fakten und der dahinterliegenden gesellschaftlichen Prozesse

970 Wenngleich das mit Verweis auf die Vermittlung von Wissen und Faktizität auf den ersten Blick widersinnig erscheinen mag, so bietet ein so verstandener Geschichtsunterricht gute Chancen, Wissen tatsächlich nachhaltig zu verankern. Dabei geht es eben nicht lediglich um das Lernen von Jahreszahlen oder Schlachtausgängen, sondern um ein Verständnis historischer, politischer, sozialer Prozesse.

971 So etwa 2018: *Thüringer Allgemeine*, 29. Januar 2018, S. 2 oder 2022: Wierzioch, Bastian: *Wieso wird die Thüringer AfD vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft?*, in: *mdr.de*, 14.03.2024, online verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-rechtsextremistisch-einstufung-verfassungsschutz-100.html>.

972 Siehe und vgl. Schlag, Stefan: *Wissenschaftler zum AfD-Zulauf: „Menschen suchen nach Sicherheit“*, in *ndr.de*, 03.09.2024, Beitragsbeschreibung, online verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Wissenschaftler-zum-AfD-Zulauf-Menschen-suchen-nach-Sicherheit,audio1707138.html>.

973 Siehe a.a.O., Minute 5:56.

auch die Herstellung von Faktizität auf einer naturwissenschaftlichen Ebene. Vergesellschaftung und Demokratie finden nicht im sprichwörtlich luftleeren Raum, sondern durchaus in einer geteilten physischen Welt statt. Eine Grundlegung über die dieser Welt zugrundeliegenden Fakten und (Natur)Gesetzlichkeiten ist damit auch eine wichtige Ressource, in ihr überhaupt wirkmächtig werden zu können.

Wichtig ist dabei festzustellen, dass – wenngleich Naturgesetze ohne formalen Akt der Veröffentlichung und auch ohne die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Akzeptanz ihre Wirkung entfalten – auch naturwissenschaftliche Fakten (konstruktivistisch) hergestellt werden.⁹⁷⁴ Das kann nicht bedeuten, dass naturwissenschaftliche Fakten in irgendeiner Art und Weise subjektabhängig sind. Ihre Erkenntnis jedoch ist es schon. In der Stärkung der Ressource naturwissenschaftlicher Bildung muss es daher darum gehen, „dass das detaillierte Nachvollziehen des Herstellungsprozesses das Vertrauen in wirklich gut konstruierte Fakten stärkt.“⁹⁷⁵ Das stärkt wiederum auch die Ambiguitätstoleranz gegenüber wissenschaftlichen Fakten, da es den wissenschaftlichen Entstehungsprozess hervorhebt, der immer der Falsifizierbarkeit unterstreicht und vermittelt.

Zwei miteinander verwandte, an sich defizitorientierte, Ansätze sind die des **Debunking** und des **Fact-Checking**. Debunking bedeutet übersetzt so viel wie Entlarvung. Das Cambridge Dictionary definiert das Verb *to debunk* als „to show that something is less important, less good, or less true than it has been made to appear“,⁹⁷⁶ das Oxford Dictionary of English als „expose the falseness of hollowness of (an idea or belief)“.⁹⁷⁷ Das Konzept zielt nicht ausschließlich auf naturwissenschaftliche Fakten, sondern kann auch bei anderen, empirisch überprüfbaren, Informationen eingesetzt werden. Debunking ist dabei keine moderne oder neue Erfindung, die Widerlegung falscher Informationen ist wohl so alt wie die Menschheitsgeschichte. Ein berühmter neuzeitlicher *Debunker* war der Zauberkünstler Harry Houdini. Sich selbst als Anti-Spiritisten bezeichnend entlarvte Houdini zahlreiche spiritistische Behauptungen über Tatsachendarstellungen

974 Vgl. Disch, Lisa: *Performative politische Repräsentation. Die ‚konstruktivistische Wende‘ in der politischen Theorie*, in: Jan-Peter Voß/Hagen Schölzel (Hrsg.): *Die Fabrikation von Demokratie. Baustellen performativer politischer Repräsentation*, Wiesbaden 2024, S. 39.

975 Siehe ebd.

976 Siehe Cambridge Academic Content Dictionary: *debunk*, online verfügbar unter: <https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/debunk>.

977 Siehe *Oxford Dictionary of English*, Third Edition, Oxford 2010, S. 451.

angeblich übernatürlicher Phänomene.⁹⁷⁸ Bezogen auf Verschwörungsideologien gehört im deutschsprachigen Raum der Verein *Mimikama* zu den bekanntesten Debunkern. Neben verschwörungsideologischen Inhalten entlarvt *Mimikama* auch andere Quellen von Desinformation oder Fakes, hauptsächlich solche, die im Internet Verbreitung finden. Der Verein beschreibt seine Arbeit selbst als Fact-Checking.⁹⁷⁹ Bekannt sind auch der ARD-Faktenfinder der Tagesschau und der Faktencheck des Recherchekollektivs Correctiv. Dabei scheinen Debunking und Fact-Checking als Begriffe im Allgemeinen weitgehend austauschbar genutzt zu werden, weswegen eine genauere Begriffsabgrenzung an dieser Stelle nicht fortgeführt wird. Faktenchecks finden auch ihren Einsatz in Livesendungen von TV-Formaten, etwa bei (politischen) Debatten, in denen die dargelegten Fakten noch während der Sendezeit auf ihre Richtigkeit geprüft werden. In Norwegen gibt es das Beispiel von *Faktisk*,⁹⁸⁰ im deutschsprachigen Raum betreiben unter anderem öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten solche Faktenchecks wie den *BR-Faktenfuchs*.

Wenngleich auf den ersten Blick sehr defizitorientiert erscheinend, geht es diesen Strategien gleichwohl um die Stärkung der Ressource Faktizität. Denn sie entlarven nicht nur die *Falschheit* einer Information, sondern setzen dieser gleichzeitig Fakten gegenüber. Das ist notwendig, denn um effektiv zu sein müssen Maßnahmen des Debunking bzw. Fact-Checking „[p]rovide a clear explanation of (1) why it is now clear that the information is false, and (2) what is true instead.“⁹⁸¹

Neben solchen professionellen Debunking-Angeboten arbeitet beispielsweise die Microblogging-Plattform X (ehem. Twitter) seit 2021 mit so genannten *Community Notes*. Diese Anmerkungen zu Falschinformationen werden von den Nutzer*innen der Plattform selbst erstellt und via Abstimmung anderen Beiträgen hinzugefügt. Einerseits ist diese Vorgehensweise spannend, da sie ein immersives Vorgehen und damit eine Akzeptanz der Informationen fördern kann, da diese als von Peers erstellt wahrgenommen werden könnten. Gleichzeitig verhindert sie mögliche Abwehrreaktionen

978 Vgl. Houdini, Harry: *A Magician Among the Spirits*, New York, London 1924.

979 Vgl. *Mimikama: Faktenchecks von Mimikama*, online verfügbar unter: <https://www.mimikama.org/category/mimikama-faktenchecks/faktencheck/>.

980 Vgl. Steensen, Stehen/Kalsnes, Bente/Westlund, Oscar: *The limits of live fact-checking: Epistemological consequences of introducing a breaking news logic to political fact-checking*, in: *News Media & Society*, 2023, online verfügbar unter: <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/14614448231151436>.

981 Siehe Lewandowski, Stephan et. al.: *The Debunking Handbook 2020*, 2020, S. 4, online verfügbar unter: <https://sks.to/db2020>.

bzw. Backfire-Effekte, die dadurch ausgelöst werden könnten, dass ein möglicherweise als abgehoben wahrgenommener Kreis an Expert*innen bestimmt, was Faktizität besitzt und was nicht⁹⁸² – wenngleich aktuelle Metastudien zeigen, dass ein solche Backfire-Effekt nicht oder nur in nicht signifikantem Ausmaß besteht.⁹⁸³ Gleichzeitig bietet dieses Vorgehen, also Fact-Checking in die Hand der Community zu geben, auch die Möglichkeit für die Etablierung von Biases oder sogar für gezielten Missbrauch der Fact-Checkings zur Verbreitung eigener Desinformation oder zur Durchsetzung politischer Ziele.⁹⁸⁴

Ein Konzept, das bei der Stärkung der Faktizität auf naturwissenschaftlicher Ebene bereits früher ansetzt, ist der der **Scientific Literacy**. Sie kann dabei verstanden werden als eine Art „naturwissenschaftliche Grundbildung“.⁹⁸⁵ In der zweiten Ausgabe der *International Encyclopedia of Education* von 1994 wird sie wie folgt definiert: „Scientific literacy commonly implies an appreciation of the nature, aims, and general limitations of science, coupled with some understanding of the more important scientific ideas.“⁹⁸⁶ Ursprünglich war der Ansatz eher als volkswirtschaftlich ausgerichtetes Konzept geprägt, das wirtschaftliche Überlegungen (Stichwort Fachkräftegewinnung) und generell gesellschaftlich erwünschtes Verhalten (wie Mülltrennung) in den Vordergrund stellte.⁹⁸⁷ Allgemein wird der *Scientific Literacy* in der Literatur aber eine darüber deutlich hinausgehende Zielsetzung im Rahmen der gesellschaftlichen Relevanz naturwissenschaftlicher Bildung zugesprochen. Neben „scientific terminology and concepts“ und „scientific enquiry and practice“ soll in der Vermittlung naturwissen-

982 Vgl. Mau et. al. 2023, S. 267; ein ähnliches Backfire- oder Reaktanz-Phänomen beschreiben auch Amlinger und Nachtwey in ihrer Studie: Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver: *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Bonn 2023.

983 Vgl. O'Mahony Cian/Brassil Maryanne/Murphy Gillian/Linehan Conor: *The efficacy of interventions in reducing belief in conspiracy theories: A systematic review*, in: *PLoS ONE* 18 (4) 2023, S. 9f.; vgl. auch Lewandowski et. al. 2020, S. 9f.

984 Vgl. Allen, Jennifer N. L./Martel, Cameron/Rand, David G.: *Birds of a Feather Don't Fact-check Each Other: Partisanship and the Evaluation of News in Twitter's Birdwatch Crowdsourced Fact-checking Program*, in: *PsyArXiv*, 02.12. 2021. doi:10.31234/osf.io/57e3q.

985 Siehe und vgl. Eckebrecht, Detlef/Schneeweiß, Horst: *Naturwissenschaftliche Bildung. Gedanken und Beispiele zur Umsetzung von Scientific Literacy*, Stuttgart 2003, S. 34.

986 Siehe Jenkins, E. W.: *Scientific literacy*, in: *The International Encyclopedia of Education, Second Edition*, Vol. 9, Headington Hill 1994, S. 5345.

987 Vgl. Gräber, Wolfgang/Nentwig, Peter: *Scientific Literacy – Naturwissenschaftliche Grundbildung in der Diskussion*, in: Wolfgang Gräber/Peter Nentwig/Thomas Koballa/Robert Evans (Hrsg): *Scientific Literacy. Der Beitrag der Naturwissenschaften zur Allgemeinen Bildung*, Wiesbaden 2002, S. 7f.

schaftlichen Wissens im Rahmen des Konzepts auch „the interactions of science, technology and society“ vermittelt werden.⁹⁸⁸ Detlef Eckebrecht und Horst Schneeweiß fassen diese Funktion zusammen als vermittelndes Element zwischen Individuum und Umwelt: „In der modernen technisierten Welt leisten Naturwissenschaften und Technik einen unverzichtbaren Beitrag zur Welterschließung“⁹⁸⁹ und: „Werden diese Methoden nicht vermittelt, so wird den Schülern der Zugang zur Welt, wie sie sich in den Naturwissenschaften erschließt, verwehrt.“⁹⁹⁰ So könnte man argumentieren, dass *Scientific Literacy* auch als wirksame Maßnahme gegen Entfremdungserfahrungen, eine der Hauptursachen für den Glauben an Verschwörungsideologien, wirken könnte. Insgesamt wird auch der Mehrwert für das Individuum und die ganze Gesellschaft hervorgehoben und die These, dass mehr Wissenschaftlichkeit auch zu einer besseren Gesellschaft führen könnte.⁹⁹¹ Dazu braucht es neben reinem Faktenwissen insbesondere auch die weiter oben bereits erwähnte Dimension von „Naturwissenschaft in einem sozialen Kontext“⁹⁹² und auch wissenschaftsproprädeutische Wissensvermittlung,⁹⁹³ das heißt ein Verständnis darüber, wie das System Wissenschaft und wie Wissen funktioniert und nicht funktioniert. Hierbei handelt es sich um die notwendigen Kulturtechniken, die in der Analyse bereits auf Seite 158 der Studie erwähnt wurden und die notwendig sind, um vor dem Hintergrund einer immer größeren Informationsflut Wichtiges von Unwichtigem und Wahrscheinliches von Unwahrscheinlichem scheiden zu können. Nicht zuletzt sehen einige Autoren in einer ausgeprägten *Scientific Literacy* auch die Möglichkeit für das Individuum in der Gesellschaft, leichter zu sinnvollen Schlüssen über moralisches und unmoralisches Handeln zu kommen.⁹⁹⁴

988 Siehe und vgl. Jarman, Ruth/McClune, Billy: *Developing Scientific Literacy. Using News Media in the Classroom*, Maidenhead 2007, S. 3.

989 Siehe Eckebrecht/Schneeweiß 2003, S. 34.

990 Siehe a. a. O., S. 46.

991 Vgl. Jenkins 1994, S. 5346f.

992 Siehe Bybee, Rodger W.: *Scientific Literacy – Mythos oder Realität?*, in: Wolfgang Gräber/Peter Nentwig/Thomas Koballa/Robert Evans (Hrsg.): *Scientific Literacy. Der Beitrag der Naturwissenschaften zur Allgemeinen Bildung*, Wiesbaden 2002, S. 31; vgl. auch Bauer, Henry H.: *Scientific Literacy and the Myth of the Scientific Method*, Champaign, IL 1994, S. 11f.

993 Vgl. Eckebrecht/Schneeweiß 2003, S. 43; Jarman/McClune 2007, S. 4.

994 Vgl. Koballa, Jr., Thomas R.: *Imparting Values Through Science Education: Some General Considerations*, in: Wolfgang Gräber/Claus Bolte (Hrsg.): *Scientific Literacy. An International Symposium*, Kiel 1997, S. 185f.; Bauer 1994, S. 12f.

Wichtig ist nicht zuletzt auch, dass die Lernenden einen Bezug zum Thema bekommen und die mögliche Anwendung verstehen können, sowohl alltagsweltlich als auch bezogen auf konkrete naturwissenschaftliche Anwendungen. Dazu gehören auch Alltagsdiskurse, die auf naturwissenschaftlichen Fakten beruhen:⁹⁹⁵

„If you can understand the news of the day as it relates to science, if you can take articles with headlines about genetic engineering and the ozone hole and put them in a meaningful context – in short, if you can treat news about science in the same way that you treat everything else that comes over your horizon, then, as far as we are concerned you are scientifically literate.“⁹⁹⁶

Scientific Literacy in diesem Sinne ist damit wichtiger Teil bei der „Teilhabe an einer von Naturwissenschaft und Technik geprägten Welt.“⁹⁹⁷ Als Ressource verstanden ist sie auch ein Instrument zur Selbstermächtigung und Handlungsfähigkeit in einer so beschriebenen, technisch und wissenschaftlich geprägten Welt.⁹⁹⁸ Ein wichtiger Aspekt ist zusätzlich, dass *Scientific Literacy* ein Leben lang geschult werden muss; nicht zuletzt weil sich die Wissenschaft selbst auch immer wieder weiterentwickelt.⁹⁹⁹ Damit bleibt sie nicht reine Aufgabe der Schule, sondern auch andere gesellschaftliche Institutionen, die ein Publikum erreichen, das keiner Schulpflicht unterliegt und auch sonst keinen direkten Bezug mehr dazu hat, sind gefordert.

Nicht zuletzt ist es jedoch auch wichtig, die Grenzen des Konzepts der *Scientific Literacy* zu erkennen. Eines ihrer Probleme ist, dass der Begriff, wenn er essentialistisch und vor allem ohne seine wissenschaftsprägenden Anteile verstanden wird, erst einmal ein sehr formales Wissenschaftsverständnis mit sich bringt.¹⁰⁰⁰ Das birgt die Gefahr gefährlichen Halbwissens: „A little learning of science may well be a dangerous thing. Particularly because textbook science is presented so dogmatically, many people who have had but a little science come to have too much faith in the

995 Vgl. Jarman/McClune 2007, S. 3 f.; vgl. Eckebrecht/Schneeweiß 2003, S. 46; vgl. Gräber/Nentwig 2002, S. 8.

996 Siehe Hazen, Robert M./Trefil, James: *Science Matters: Achieving Scientific Literacy*, New York, NY 1992, S. xii.

997 Siehe Eckebrecht/Schneeweiß 2003, S. 34.

998 Vgl. Roth, Wolff-Michael/Barton, Angela Calabrese: *Rethinking Scientific Literacy*, New York, NY 2004, S. 77–106, 157–180; vgl. auch Gräber/Nentwig 2002, S. 8.

999 Vgl. Jarman/McClune 2007, S. 4.

1000 Vgl. Jenkins 1994, S. 534f.

facts and laws they have learned, and too much faith that science has all the answers.“¹⁰⁰¹ Ambiguität, in diesem Fall das Auseinanderfallen von einmal gelerntem Kenntnisstand und neuerer wissenschaftlicher Erkenntnis, ist hier eine Schlüsselkompetenz. Scientific Literacy – zumindest verstanden als demokratische Ressource, die Verschwörungsideologien vorbeugen soll – muss also immer im Kontext des Systems Wissenschaft und der gesellschaftlichen Bedeutung naturwissenschaftlicher Erkenntnis vermittelt werden, um diesen Backfire-Effekt zu vermeiden.

Im Fokus der Arbeit stehen bei der Stärkung von Wissensressourcen also vor allem die politische und historische Bildung ebenso wie die naturwissenschaftliche Bildung. Gerade bei Strategien des Debunking und Fact-Checking ist zwischen diesen beiden Domänen auch keine klare Abgrenzung möglich. Naturwissenschaftliche Tatsachen bedingen oft auch die Rahmenbedingungen historischer Entwicklungen. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Stärkung von Wissensressourcen eine wichtige Grundlage demokratischer Antworten auf Verschwörungsideologien ist. Da sie aber nur einen der drei Teilbereiche anspricht, die Verschwörungsideologien in Demokratien adressieren, greift eine isoliert gedachte Bildungsoffensive zu kurz um das Problem der Verschwörungsideologien umfassend bekämpfen zu können.

5.2 Widerstandsfähigkeit stärken: Resilienz als nachhaltige Antwort auf Unsicherheit

Denn auch wenn Demokratie und Faktizität miteinander verknüpft sind, so sind es doch vor allem normative Fragen, die eine Gesellschaft demokratisch und ein Individuum Demokrat*in sein lassen. Diese Werteressourcen stärken die Widerstandsfähigkeit demokratischer Individuen und Gesellschaften gegenüber autoritären Antworten. Zwar kennt das Grundgesetz einige Mittel der zu Beginn des Kapitels bereits behandelten *wehrhaften Demokratie* – etwa die Grundrechtsverwirkung, das Parteien- und Vereinsverbot oder die Möglichkeit, Richter*innen aus dem Amt zu entfernen.¹⁰⁰² Allerdings sind sie rein repressiv – sollten damit *ultima ratio* bleiben – und

1001 Siehe Bauer 1994, S. 10.

1002 Sie knüpft an dieser Stelle damit auch direkt an Loewensteins Konzeption der *militanten Demokratie* an, die einen Ausschluss nicht-demokratischer Akteur*innen aus der Demokratie fordert, aber auch an Fraenkels Postulat eines *nicht-kontroversen Sektors*.

bieten keine produktive Grundlage für ein tatsächlich gesellschaftlich-friedliches Zusammenleben. Hier muss man tiefer ansetzen.¹⁰⁰³

Widerstandsfähigkeit bzw. Resilienz ist seit einigen Jahren ein schillernder Begriff, der in immer mehr wissenschaftlichen Disziplinen zum Tragen kommt. Resilienz als Konzept stammt eigentlich „aus der Werkstoffphysik und bezeichnet dort die Eigenschaft elastischer Materialien, nach Verformung wieder in ihre Ausgangsposition zurückzukehren.“¹⁰⁰⁴ Insbesondere in der Pädagogik und den Sozialwissenschaften wurde das Konzept in den letzten Jahren aber auch auf sozial- und individualpsychologische Phänomene angewandt und weiterentwickelt. Neben der allgemeinen Übersetzung als Widerstandsfähigkeit kann Resilienz auch die Fähigkeit bezeichnen, Risiken oder Krisen zu meistern und aus ihnen zu lernen.¹⁰⁰⁵ Allgemein kann man unter Resilienz eine positive Reaktion auf eine Belastungssituation oder eine Bedrohung bezeichnen.¹⁰⁰⁶ Stefanie Graefe grenzt das Konzept der Resilienz (vor allem bezogen auf die gesellschaftliche Ebene) ab von dem der *Transformation*. Im Gegensatz zu letzterer ist Resilienz vor allem auf „Handlungsfähigkeit“ und „Systemerhalt“ ausgerichtet.¹⁰⁰⁷ Es können dabei drei Möglichkeiten der Resilienz unterschieden werden: 1) Belastungsfähigkeit, bzw. Ausbleiben einer Belastungsreaktion, 2) Erholungsfähigkeit nach einer Belastung, 3) Lernen bzw. Anpassung aus einer Belastungssituation.¹⁰⁰⁸ Mit politikwissenschaftlichem Bezug im Hinterkopf ergänzt Wolfgang Merkel: „Allgemeiner bedeutet Resilienz die Fähigkeit eines Gegenstandes oder eines Systems, äußeren und inneren Störungen, Zumutungen und Schocks zu widerstehen, ohne seine grundsätzlichen Strukturen und Funktionen aufzugeben“¹⁰⁰⁹ und: „Demokrati-

1003 Vgl. Fahrner, Matthias: *Vulnerabilität und Resilienz der freiheitlichen Demokratie. Volkssouveränität, Marktplatz der Meinungen und andere Probleme der deutschen Verfassungsrechtsdogmatik aus Sicht der freiheitlich demokratischen Grundordnung*, Berlin 2022, S. 208.

1004 Siehe Bröckling, Ulrich: *Resilienz. Über einen Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts*, in: *Soziopolis*, 24.07.2017, online verfügbar unter: <https://www.sozopolis.de/resilienz.html>.

1005 Vgl. Rönna-Böse, Maik/Fröhlich-Gildhoff, Klaus: *Resilienz und Resilienzförderung über die Lebensspanne*, 3. Auflage, Stuttgart 2023, S. 20.

1006 Vgl. ebd.

1007 Siehe und vgl. Graefe, Stefanie: *Widerstandsfähigkeit im Krisenkapitalismus. Ohne Krise keine Resilienz*, in: *oekom: Resiliente Zukünfte. Mut zum Wandel*, München 2021, S. 28.

1008 Vgl. Rönna-Böse/Fröhlich-Gildhoff 2023, S. 20.

1009 Siehe Merkel, Wolfgang: *Demokratische Resilienz in Zeiten der Transformation*, in: Rudolf Augstein Stiftung (Hrsg.): *Follow the Science – Aber Wohin?. Wissenschaft, Macht und Demokratie im Zeitalter der Krisen*, Berlin 2022, S. 99.

sche Resilienz ist die Fähigkeit eines demokratischen Regimes, externe Herausforderungen und interne Stressoren zu absorbieren, sich den wandelnden funktionalen Bedingungen strukturell anzupassen, ohne in einen Regimewechsel zu geraten und seine definierenden Prinzipien, Funktionen und Werte aufzugeben oder zu beschädigen.¹⁰¹⁰ Ein Bezug zum Topos der Verschwörungsideologien ist insbesondere in diesen letzten Konzeptionen bereits erkennbar: Verschwörungsideologien stellen, wie in Kapitel 4 dargestellt, eine Belastung für demokratische Gemeinwesen dar, die Funktionen des kollektiven Lernens sind dabei gestört bzw. stark eingeschränkt.

Dennoch möchte ich diese allgemeine Konzeption von Resilienz weiter schärfen, um an dieser Stelle mit einem spezifischeren Verständnis demokratischer Resilienz weiterarbeiten zu können. Diese soll als eigene Ressource Demokratien vor der normativ-autoritären Bedrohung durch Verschwörungsideologien wappnen können. Diese könnte man allgemein definieren als „the persistence of democratic institutions and practices“¹⁰¹¹ und anwendungsbezogener als

„[...] die Fähigkeit, Krisen und Risikofaktoren wie menschenfeindliche und antidemokratische Dynamiken, Ideen und Situationen durch Rückgriff auf organisationale, fachliche und persönliche Ressourcen zu bewältigen und sie als Anlass für Entwicklungen zu nutzen, um für zukünftige Herausforderungen widerstandsfähig zu sein.“¹⁰¹²

Diese demokratische Resilienz kann dabei sowohl auf systemischer Ebene wie auch auf personaler Ebene gedacht werden. Überhaupt hängen innere und äußere Verfassung in der Reaktion auf gesellschaftliche Spaltung,¹⁰¹³ wie sie auch im Rahmen von Verschwörungsideologien erlebbar ist, eng zusammen:¹⁰¹⁴ „Es scheint ein persönliches, ein gesellschaftliches und auch

1010 Siehe a. a. O., S. 103.

1011 Siehe Boese, Vanessa A./Edgell, Amanda B./Hellmeier, Sebastian/Maerz, Seraphine F./Lindberg, Staffan I.: *How Democracies Prevail: Democratic Resilience as a Two-Stage Process*, in: *Democratization* 28 (5) 2021, S. 887.

1012 Siehe Rahner, Judith: *Praxishandbuch Resilienz in der Jugendarbeit. Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichheit*, Weinheim, Basel 2021, S. 10; ähnlich, wenn auch allgemeiner, auch: Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas/Inkinen, Saara: *Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland*, Frankfurt am Main, New York, NY 2022, S. 292.

1013 Auch das Aushalten und der produktive Umgang mit diesen Spaltungstendenzen kann wieder als Kernkompetenz der Ambiguitätstoleranz beschrieben werden.

1014 Vgl. Nierth, Claudine/Huber, Roman: *Die zerrissene Gesellschaft. So überwinden wir gesellschaftliche Spaltung im neuen Krisenzeitalter*, München 2023, S. 27 f.

ein politisches Verhältnis zwischen inneren Räumen und äußeren Umfeldern zu geben.“¹⁰¹⁵

Sowohl auf der Mikro- wie auch auf der Makroebene können daher Resilienzfaktoren als eigenständige Ressourcen aktiviert und gestärkt werden. Nach Dieter Rossmeissl (links) lassen sich drei Resilienzfaktoren auf der systemischen Ebene unterscheiden, nach Rönna-Böse und Fröhlich-Gildhoff (rechts) gibt es auf personaler Ebene sechs Resilienzfaktoren:

- „Robustheit, um Störungen nachhaltig zu widerstehen; 1) Selbst- und Fremdwahrnehmung, 2) Selbstregulation,
- Flexibilität, um Alternativen zum Umgang mit den Problemen zu finden; 3) Selbstwirksamkeit, 4) Soziale Kompetenz,
- Lernfähigkeit, um sich veränderten Bedingungen anzupassen“¹⁰¹⁶ 5) Aktive Bewältigungskompetenz 6) Problemlösen¹⁰¹⁷

An dieser Stelle möchte ich die Flexibilität demokratischer Antworten – auf der personalen Ebene entsprechen dem *Selbstwirksamkeit* und *Problemlösekompetenz* – bewusst ausklammern und sie als mögliche Ressourcen auf der funktionalen Ebene im nächsten Unterkapitel einbringen. Der Lernfähigkeit auf systemischer Ebene lassen sich die Ressourcen der Selbst- und Fremdwahrnehmung und der Selbstregulation, die inhaltlich eng zusammenhängen,¹⁰¹⁸ zuordnen. Der Robustheit des demokratischen Systems sind dementsprechend soziale Kompetenzen und die aktive Bewältigungskompetenz, verstanden als Bewältigung von Stress oder Bedrohung,¹⁰¹⁹ zuzuordnen. Entsprechend werde ich die einzelnen Kompetenzen, die unter dem Sammelbegriff der Ressource *demokratische Resilienz* behandelt werden sollen, nach diesen beiden Faktoren clustern.

Demokratische Lernfähigkeit: Dekonstruktion, Früherkennung und Problembewusstsein

Eine aus der Beschäftigung mit dem Verschwörungsdenken bekannte Methode, die auf den Faktor der Lernfähigkeit, hier insbesondere der Dekon-

1015 Siehe a. a. O., S. 28.

1016 Siehe Rossmeissl, Dieter: *Die Klugheit der Städte. Bildung – Kultur – Demokratie*, München 2021, S. 82.

1017 Siehe und vgl. Rönna-Böse/Fröhlich-Gildhoff 2023, S. 23 f.

1018 Vgl. Fröhlich-Gildhoff, Klaus/Rönna-Böse, Maike: *Resilienz*, München 2009, S. 42 f., 45 f.

1019 Vgl. a. a. O., S. 51 f.

struktion und Früherkennung von Verschwörungsideologien, abzielt, ist das so genannte **Prebunking** – angelehnt an den Begriff des Debunking – bzw. die Anwendung von **Inokulationsstrategien**. Sie funktionieren wie eine „Impfung gegen Desinformation“.¹⁰²⁰ Der Begriff der Inokulation in einer psychologischen Anwendung geht zurück auf William McGuire, der schon 1961 die Wirksamkeit dieser Methode postulierte.¹⁰²¹ McGuire zeigte in seiner Studie Anfang der 60er Jahre „that prior exposure to refuted counterarguments tends to make a belief more resistant to subsequently presented strong forms, not only of the very counterarguments refuted, but also of novel counterarguments against the belief.“¹⁰²² Dabei beschrieb er zwei Wirkmechanismen: Er beschreibt, dass eine Konfrontation mit abgeschwächten Gegenargumenten aufzeigen kann, dass die eigene Überzeugung angreifbar ist und damit einen Lernprozess auslösen kann, an dessen Ende der eigene Standpunkt überzeugender begründet werden kann. Außerdem beschreibt er, dass eine Auseinandersetzung mit schwachen Gegenargumenten die eigene Überzeugung gegen weitere Erschütterungen abhärten kann.¹⁰²³

In jüngster Zeit seit 2020, tatsächlich kurz vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, wurden diese Erkenntnisse unter anderem von Jon Roozenbeek und Sander van der Linden von der University of Cambridge auch als Mittel gegen (u.a.) verschwörungsideologische Desinformation erforscht.¹⁰²⁴ Ihre Methode war „preemptively warning and exposing people to weakened doses of misinformation, [to] cultivate ‚mental antibodies‘ against fake news.“¹⁰²⁵ Dazu implementieren sie ein Videospiel, in dem die Spieler*innen in die Rolle als Verschwörungsideolog*in schlüpfen und ihren Desinformationen möglichst viel Öffentlichkeit verschaffen sollen (siehe Abbildung 37); angereichert ist das Spiel mit vielen Informationen

1020 Siehe van der Linden, Sander/Roozenbeek, Jon: *Psychological Inoculation Against Fake News*, in: Rainer Greifenader/Mariela Jaffe/Eryn Newman/Norbert Schwarz (Hrsg.): *The Psychology of Fake News: Accepting, Sharing, and Correcting Misinformation*, London 2021, S. 151 f. [Übers. S.C.]

1021 Vgl. McGuire, W. J.: *Resistance to persuasion conferred by active and passive prior refutation of the same and alternative counterarguments*, in: *The Journal of Abnormal and Social Psychology* 63 (2) 1961, S. 326–332.

1022 Siehe McGuire 1961, S. 326.

1023 Vgl. ebd.

1024 Vgl. Roozenbeek, Jon/van der Linden, Sander/Nygren, Thomas: *Prebunking interventions based on „inoculation“ theory can reduce susceptibility to misinformation across cultures*, in: *Harvard Kennedy School (HKS) Misinformation Review*, 2020, online verfügbar unter: <https://misinforeview.hks.harvard.edu/article/global-vaccination-badnews/>.

1025 Siehe a. a. O., S. 1.

5. Wie können demokratische Institutionen mit dieser Herausforderung umgehen?

über die Techniken der gezielten Verbreitung von Falschinformationen.¹⁰²⁶ In der Tat waren die Ergebnisse vielversprechend und zeigten, dass die Testpersonen nach dem Spiel besser darin wurden, verschiedene Techniken der Desinformation zu erkennen und die dahingehenden Nachrichten als falsch zu enttarnen.¹⁰²⁷ Interessanterweise zeigten sie auch, dass ihre Anwendung Wirkung in verschiedenen Demografien, unterschieden nach „levels of education, gender, age, and ideologies“, zeigte.¹⁰²⁸ Studien in den letzten Jahren auch mit anderen Implementationen, etwa im Rahmen von Videoformaten¹⁰²⁹ oder als Textapplikation im Rahmen einer Umfrage,¹⁰³⁰ zeigten dass die Wirksamkeit von Prebunking sich auch reproduzieren und in verschiedenen Settings anwenden lässt.

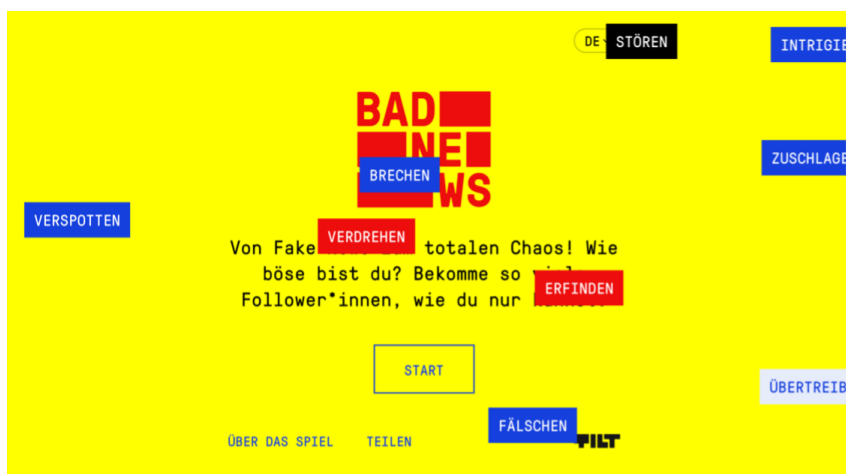


Abbildung 37: Browserspiel „Bad News“¹⁰³¹

Auf einen ähnlichen Aspekt wie das Prebunking stellt auch das Konzept der **Media Literacy** bzw. **News Literacy** ab. Sie möchte ein Gefühl für die Zu-

1026 Vgl. ebd.

1027 Vgl. a. a. O., S. 4f.

1028 Siehe und vgl. a. a. O., S. 7.

1029 Vgl. Roozenbeek, Jon/van der Linden, Sander/Goldberg, Beth/Rathje, Steve/Lwandowsky, Stephan: *Psychological inoculation improves resilience against misinformation on social media*, in: *Science Advances* 8 (34) 2022.

1030 Vgl. Vivion, Maryline/Anassour Laouan Sidi, Elhadji/Betsch, Cornelia/Dionne, Maude/Dubé, Eve/Driedger, S. Michelle/Gagnon, Dominique et al.: *Prebunking Messaging to Inoculate against COVID-19 Vaccine Misinformation: An Effective Strategy for Public Health*, in: *Journal of Communication in Healthcare* 15 (3) 2022, S. 232-42.

1031 Siehe *Bad News*, online verfügbar unter: <https://www.getbadnews.com/de/>.

verlässigkeit und Glaubwürdigkeit von Informationen in ihrem Gesamtkontext vermitteln. Ähnlich wie Prebunking bzw. Inokulation setzt auch Media Literacy auf die Dekontextualisierung und Dekonstruktion von Informationen als Lernmethode.¹⁰³² Die Wichtigkeit von *Media Literacy* wird insbesondere als Ressource zur Vermeidung der *belief bias* diskutiert,¹⁰³³ also einem eng verwandten Phänomen mit dem Apriorismus, den diese Studie als eine verschwörungsideologische Grundstruktur aufgezeigt hat. Der Begriff der *News Literacy*, den Seth Ashley konkret im Zusammenhang mit Demokratie nennt, kann als ähnliches Konzept verstanden werden. Er beschreibt dabei die Notwendigkeit einer *News Literacy*, die über das reine Faktenchecken hinausgeht und Vertrauen nicht nur in den Inhalt, sondern auch den Gesamtkontext der Nachricht schafft:

„How we get news and information and where it comes from are just as important as the news itself.“¹⁰³⁴

und

„news literacy requires more than just an analysis of news content—checking facts, spotting hoaxes, and so on. A critical approach to news literacy examines the contexts in which news is produced and shared—the how and the why more than the who and the what.“¹⁰³⁵

Dabei beinhaltet auch das Konzept der News Literacy die Dekontextualisierung und Rekontextualisierung von Nachrichten und das Wissen und die Anwendungsfähigkeit des Wissens um den Sender und seine Einbettung in die Informationslandschaft.¹⁰³⁶ Ähnliche Konzepte werden in der deutschen Debatte auch unter dem Stichwort *Medienkompetenz* geführt, beschreiben aber ganz ähnliche Zielsetzungen und Methoden. Allgemeiner könnte man diese Ansätze, die vor allem für den schulischen und außerschulischen Bildungsbereich in der Diskussion sind, auch als Konzepte „angewandter Epistemologie“ bezeichnen, also als diejenige Kulturtechnik, die einem das Filtern zwischen verlässlichen und unzuverlässigen Informationen erlaubt.¹⁰³⁷

1032 Vgl. Sá, Walter C./West, Richard F./Stanovich, Keith E.: The domain specificity and generality of belief bias: Searching for a generalizable critical thinking skill, in: *Journal of Educational Psychology*, 91 (3) 1999, S. 500 ff.

1033 Vgl. a. a. O., S. 497 f.

1034 Siehe Ashley, Seth: *News Literacy and Democracy*, Milton Park 2019, S. 2.

1035 Siehe a. a. O., S. 10.

1036 Vgl. a. a. O., S. 9.

1037 Siehe Jane/Fleming 2014, S. 134; vgl. a. a. O., S. 134–137.

Die Konzepte sind dabei nicht unumstritten. Danah Boyd etwa, Microsoft-Researcher und Medienwissenschaftlerin, argumentiert, dass das Konzept der Media Literacy und des kritischen Hinterfragens von Quellen dazu geführt hat, dass das heute in übertriebener Weise passiert und zu Polarisierung führe: „Media literacy asks people to raise questions and be wary of information that they’re receiving. People are. Unfortunately, that’s exactly why we’re talking past one another.“¹⁰³⁸ Die Menschen seien deswegen auch skeptisch gegenüber Expert*innen und heterodoxes Wissen scheine ihnen noch attraktiver.¹⁰³⁹ Forschung aus den vergangenen Jahren zeigt jedoch, dass der Backfire-Effekt wohl geringer ist als angenommen.¹⁰⁴⁰ Eine Abkehr von Quellenkritik und der Strategie einer möglichst breiten Medienkompetenz sollte es daher nicht geben. Wo Danah Boyd allerdings einen Punkt hat: allein diese Kompetenzen reichen nicht aus. Dazu werde ich in Unterkapitel 5.3 noch näher eingehen.

Wenn Frühwarnsysteme und Problembewusstsein nicht nur auf persönlicher Ebene, sondern auch auf systemischer und politischer Ebene implementiert werden sollen, so benötigt es dafür guter **statistischer Grundlagen**. Im Bereich beispielsweise der Einstellungsforschung ist hier in den vergangenen Jahren einiges an Entwicklung auf empirischer Ebene passiert. Ich verweise dafür auf die Darstellung des Forschungsstandes zu Verschwörungsideologien in Kapitel 1.3. Sofern es sich jedoch um konkrete, demokratiegefährdende Phänomene der Hasskriminalität oder anderer verschwörungsideologisch motivierter Straftaten handelt, ist das politische System noch vergleichsweise schlecht aufgestellt. 2021 und 2022 war in der Statistik über politisch motivierte Kriminalität des Bundesinnenministeriums und des Bundeskriminalamts der Bereich „PMK -sonst. Zuordn.-“, also solche Straftaten, die keinem der explizit benannten Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten, zum größten Phänomenbereich aufgestiegen.¹⁰⁴¹ Mutmaßlich war der Auslöser hierfür die Zunahme von Straftaten im Rahmen der oft verschwörungsideologisch motivierten Corona-Pro-

1038 Siehe und vgl. Boyd, Danah: *Did Media Literacy Backfire?*, in: *Quartz*, 11.01.2017, online verfügbar unter: <https://qz.com/881438/did-media-literacy-backfire>.

1039 Vgl. ebd.

1040 Vgl. Wood, Thomas/Porter, Ethan: *The Elusive Backfire Effect: Mass Attitudes’ Steadfast Factual Adherence*, in: *Political Behaviour* 41, 2019, S. 135–163; vgl. auch Guess, Andrew/Coppock, Alexander: *Does Counter-Attitudinal Information Cause Backlash? Results from Three Large Survey Experiments*, in: *British Journal of Political Science* 50 (4) 2020, S. 1497–1515.

1041 Vgl. PMK 2023, S. 4.

teste.¹⁰⁴² Erst mit der PMK-Statistik 2023 schafften Innenministerium und BKA die Einführung eines neuen „Oberthemenfeldes“ „Verschwörungszählung“.¹⁰⁴³ Ein Vergleich zu den Vorjahren ist aus diesem Grund nicht möglich. Das Bundesamt für Verfassungsschutz führte immerhin in seinem Bericht zum Jahr 2021 bereits je ein Kapitel über „Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘“ sowie „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ und bündelte darin verschwörungsideologische Aktivitäten sofern sie verfassungsschutzrelevant waren.¹⁰⁴⁴ Auch die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) führten 2021 eine neue Kategorie für antisemitische Vorfälle ein, die im Zusammenhang mit Verschwörungsideologien stehen.¹⁰⁴⁵ Der Zusammenhang von erfassten verschwörungsideologischen Vorfällen mit Antisemitismus ist aufgrund der in dieser Studie aufgezeigten engen Verwandtschaft der beiden Phänomene auch nicht von der Hand zu weisen. Inzwischen gibt es immerhin in zwölf von 16 Bundesländern ein Monitoring von RIAS, das in diesem Bereich eine Datengrundlage liefert.¹⁰⁴⁶

Demokratische Robustheit: Normorientierte Antworten

Zur Resilienz gehört wie erwähnt aber auch eine demokratische Robustheit, sowohl auf Mikro- wie auch auf Makroebene. Auf systemischer Ebene ist diese oft als wehrhafte Demokratie konzipiert, auf personaler Ebene neben einer allgemeinen demokratischen Grundeinstellung (soziale Kompetenz) vor allem als Bewältigungskompetenz.

Eine weitere normorientierte Antwort, die vor allem auf intermediärer Ebene ansetzt, sind Ethikstandards in Kommunikation und Technologie. Das betrifft insbesondere das Thema **Medienethik**, konkret ausgestaltet in Medienkodizes, und auch das Thema **KI-Ethik**. Konkret bezogen auf journalistische Veröffentlichungen ist der selbstgesteckte Pressekodex des Deutschen Presserates ein solches medienethisches Instrument. Ursprünglicher Anstoß

1042 Vgl. Mediendienst Integration: *Factsheet Politisch Motivierte Kriminalität in der Corona-Pandemie*, Mai 2022, S. 2, online verfügbar unter: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Factsheet_Mediendienst_PMK.pdf.

1043 Siehe PMK 2023, S. 21.

1044 Siehe Bundesministerium des Innern und für Heimat: *Verfassungsschutzbericht 2021*, Berlin 2022.

1045 Siehe Mediendienst Integration 2022, S. 6.

1046 Das sind RIAS Bayern, RIAS Berlin, RIAS Hessen, DIA.MV, RIAS Niedersachsen, RIAS NRW, RIAS Saarland, RIAS Sachsen, RIAS Sachsen-Anhalt, LIDA-SH und RIAS Thüringen. Für Brandenburg gibt es eine eigene Fachstelle außerhalb des RIAS-Netzwerks.

zur Einrichtung war die drohende Einführung eines Bundespresseggesetzes in den 1950er-Jahren, die durch diese freiwillige Selbstkontrolle abgewendet wurde. Gleichzeitig regelt der Pressekodex heute auch berufsethische Materien, die unter Umständen von einem Presseggesetz nicht erfasst wären, wie die Vermeidung von Interessenskonflikten oder den Anspruch an Wahrhaftigkeit. Darüber hinaus enthält der Kodex jedoch keine Verpflichtungen, die sich konkret mit der Verbreitung von Verschwörungsideologien in Presseerzeugnissen beschäftigen – auch nicht etwa hinsichtlich der in Medienveröffentlichungen oft im Raum stehenden *proportionality bias*. Sanktionierende Entscheide des Presserats, die einen konkreten Bezug zu Verschwörungsideologien in der Entscheidung nehmen, sind selten: über das Onlinearchiv des Presserats sind lediglich fünf Rügen, Missbilligungen oder Hinweise auffindbar (vgl. Abbildung 38), in denen dieser Kontext in der Zusammenfassung der Entscheidung dargelegt wurde, dazu kommt noch eine weitere Beschwerde, die als begründet angesehen aber nicht sanktioniert wurde.



Abbildung 38: Eine vom Presserat gerügte Karikatur, die Verschwörungserzählungen über den Brand von Notre Dame verbreitet¹⁰⁴⁷

1047 Siehe Tommy Schwarwel, auf: X (früher Twitter), 16.04.2019, online verfügbar unter: https://x.com/TSchwarwel/status/1118183722673758209?t=21bjszb0g1_aOmHPDmWq-w&s=19.

Neben klassischen Presserzeugnissen stehen aber insbesondere Social Media-Plattformen immer wieder im Feuer der Kritik. In welcher Hinsicht dies angebracht ist und in welcher Hinsicht nicht, habe ich in Kapitel 3.3.3 bereits dargelegt. Eine, in welchen (engen) Grenzen auch immer gesetzte, Verantwortlichkeit von Plattformbetreibern für die Inhalte ihres Mediums wird in der rechtswissenschaftlichen Debatte jedenfalls mehrheitlich angenommen – aus rechtsdogmatischer oder zumindest aus rechtstheoretischer, d.h. normativer, Sicht.¹⁰⁴⁸ Mit dem Netzwerkdurchsuchungsgesetz hat der Bundesgesetzgeber 2017 eine verbindliche Compliance-Regelung für Social Media-Plattformen geschaffen, die unter Umständen auch die Verbreitung von Verschwörungsideologien betreffen kann. Darüber hinaus haben in den vergangenen Jahren auch immer mehr Plattformbetreiber Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformation ergriffen: Facebook hat mit der Einrichtung von Shadowbans – also der deutlichen Drosselung der Reichweite von Beiträgen, allerdings ohne deren vollständige Löschung – offenbar in den ersten Jahren gute Erfahrungen gemacht.¹⁰⁴⁹ Ebenfalls Facebook und auch die Meta-Schwesterplattform Instagram haben im Zuge der verschwörungsideologischen Erzählungen um die COVID-19-Pandemie ebenfalls etliche der Querdenker-Bewegung zugeordnete Konten ganz gezielt gelöscht¹⁰⁵⁰ ebenso wie – gemeinsam mit Twitter – Konten, die Beiträge aus dem Umfeld der QAnon-Verschwörungsideologie verbreiteten.¹⁰⁵¹ Gleich-

1048 Vgl. allgemein Roßnagel, Alexander: *Beck'scher Kommentar zum Recht der Telemediendienste*, München 2013, TMG § 7, Fn. 23–54 (S. 118–129); Ulbricht, Carsten: *Praxishandbuch Social Media und Recht. Rechtssichere Kommunikation und Werbung in sozialen Netzwerken*, 4. Auflage, Freiburg im Breisgau 2018, S. 64f.; vgl. aber insb. auch seit Einführung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes: Martini, Mario/Möslein, Florian/Rostalski, Frauke: *Recht der Digitalisierung*, Baden-Baden 2024, S. 108f., 211ff., 265ff.; Kolpin, Marc Philipp: *Die Strafbarkeit der Verbreitung von Fake News – Regulierungsmechanismen zur Bekämpfung moderner Erscheinungsformen bei der Verbreitung unwahrer Tatsachenbehauptungen*, Berlin 2023.

1049 Vgl. Müller, Philipp: *Warnen oder Löschen: Wie sollen Plattformen mit Falschmeldungen verfahren?*, in: *bpb.de*, 02.05.2019, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290481/warnen-oder-loeschen-wie-sollen-plattformen-mit-falschmeldungen-verfahren/>.

1050 Vgl. SRF: *Querdenken-Bewegung. Facebook und Instagram löschen Konten mit Verschwörungstheorien*, 17.09.2021, online verfügbar unter: <https://www.srf.ch/news/panorama/querdenken-bewegung-facebook-und-instagram-loeschen-konten-mit-verschwörungstheorien>.

1051 Vgl. Bond, Shannon: *Unwelcome On Facebook And Twitter, QAnon Followers Flock To Fringe Sites*, in: *npr*, 31.01.2021, online verfügbar unter: <https://www.npr.org/2021/01/31/962104747/unwelcome-on-facebook-twitter-qanon-followers-flock-to-fringe-sites>.

zeitig führten diese Maßnahmen zu einem Exodus zahlreicher Verschwörungsanhänger*innen auf alternative Plattformen wie die von Donald Trump propagierte Plattform Truth Social oder auf Netzwerke wie das russische vk.com (ehem. VKontakte) oder 8kun/8chan. Dennoch dürften die von den großen Plattformbetreibern ergriffenen Maßnahmen dennoch nicht ohne Wirkung gewesen sein. Denn auch wenn Verschwörungsgläubige (ebenso wie andere radikalisierte Gruppen) in alternativen Netzwerken weiterhin ihre Ansichten teilen, so erreichen sie damit nicht mehr das vormals noch nicht bereits radikalisierte Publikum, das ihnen auf Facebook, Instagram, Twitter oder auf TikTok und YouTube teilweise offenstand.

2024 schließlich implementierte der Facebook- und Instagram-Mutterkonzern Meta schließlich eine neue Policy zur Warnung bzw. Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten.¹⁰⁵² Das ist insoweit eine relevante Entwicklung, da KI-Tools, insbesondere auf Großen Sprachmodellen (LLM) beruhende Anwendungen, ein enormes Potential zur Generierung verschwörungsideologischer Inhalte bieten. Große Sprachmodelle wie ChatGPT oder Googles Gemini bieten die Möglichkeit zur (automatisierten) Generierung großer Textmengen mit überschaubarem Aufwand und können so u. a. auch der Verbreitung verschwörungsideologischer Texte dienen. Ein noch größeres Potential generativer KI liegt aber vor allem in Bild-, Video- und Tondokumenten. Unter dem Stichwort *Deep Fake* ist die Generierung von Bild-, vor allem aber Videoinhalten bekannt, die etwa bekannte Persönlichkeiten in einen völlig anderen Zusammenhang setzen oder völlig neue Inhalte erstellen können und so mittels Desinformation vermeintliche ‚Beweise‘ für Verschwörungsideologien liefern können, die in der Folge geglaubt werden. Aktuelle Untersuchungen unterstreichen dabei diese Wirkmächtigkeit, die darin liegt, dass ein signifikanter Anteil der Rezipient*innen manipulierte Informationen nicht erkennt. Während eine Studie des MIT von 2021 noch zeigte, dass der Mensch vergleichsweise gut im Wahrnehmen von Artefakten war, die ein Video als gefälscht entlarven,¹⁰⁵³ werden diese Ergebnisse in jüngeren Studien immer uneindeutiger. Meine These ist, dass das auch auf die zunehmende Mächtigkeit der generativen KI-Modelle zurückzuführen ist. Daten des University College London von

1052 Vgl. Tagesschau.de: *Neue Regeln bei Meta. KI-Warnhinweise statt Löschung*, 06.04.2024, online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/digitales/meta-warnhinweise-ki-100.html>.

1053 Siehe und vgl. Groh, Matthew/Epstein, Ziv/Firestone, Chaz/Picard, Rosalind: *Deep-fake detection by human crowds, machines, and machine-informed crowds*, in: *Psychological and Cognitive Sciences* 119 (1) 2021.

2023 zeigen, dass Menschen nicht verlässlich in der Lage sind, sprachbasierte Deep Fakes in Videomaterial zu erkennen.¹⁰⁵⁴ Eine 2024 veröffentlichte Studie zeigt ähnliche Zusammenhänge auch für Deep Fakes auf audiovisueller Ebene und schließt: „The concern is that deepfake technology has reached a level of reality that could confuse much of the public, especially social media users, while people are overconfident in their ability to determine the authenticity of a video.“¹⁰⁵⁵ Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse aber auch, dass es möglich ist, die Erkennung von Deep Fakes in einem gewissen Ausmaß zu trainieren.¹⁰⁵⁶ An dieser Stelle sei daher auch das Potential generativer Sprachmodelle zur Bekämpfung von Verschwörungsideologien angesprochen: Eine Preprint-Studie aus dem Mai 2024 zeigt, dass Gespräche mit einer ChatGPT-4-Instanz, die angewiesen wurde, Verschwörungsgläubigkeit beim Chatpartner zu reduzieren, tatsächlich effektiv bei der Bekämpfung von Verschwörungsideologien sein könnten – selbst bei Individuen, die schon stark in die Verschwörungsideologie verweben sind.¹⁰⁵⁷ Diese Entwicklung ist sehr vielversprechend, nicht nur als Prävention und zur Stärkung demokratischer Ressourcen, sondern sogar als mögliche Interventionsmöglichkeit.

Oberhalb dieser Fragen auf intermediärer Ebene kann aber auch die staatliche, politische Ebene direkt normorientiert handeln. Allgemein ist die **steuernde Allokation staatlicher Gelder** eine der zentralen Maßnahmen, in der der Staat wirkmächtig wird. Einerseits könnte die Verankerung von Klauseln gegen die Verbreitung verschwörungsideologischer Narrative bei der Ausschüttung staatlicher Fördergelder diskutiert werden. Das betrifft vorrangig Bildungs- und Forschungsmaßnahmen, bei denen das einschlägig sein könnte. Zu diesem Thema ist vor dem Hintergrund der so genannten *Fördermittel-Affäre* auch eine Debatte in der bundesdeutschen Politik entstanden.¹⁰⁵⁸ Zumindest im Bereich von Forschung und Lehre setzt die

1054 Vgl. Rohdaten: Mai, Kimberly T./Bray, Sergi/Davies, Toby/Griffin, Lewis D.: *Warning: Humans Cannot Reliably Detect Speech Deepfakes*, in: *PLoS ONE* 18 (8) 2023. doi:10.17605/OSF.IO/AKM2P.

1055 Siehe und vgl. Hashmi, Ammarah/Shahzad, Sahibzada Adil/Lin, Chia-Wen/Tsao, Yu/Wang, Hsin-Min: *Unmasking Illusions: Understanding Human Perception of Audiovisual Deepfakes*, in: *arXiv:2405.04097*, 07.05.2024, S. 11.

1056 Vgl. ebd.

1057 Vgl. Costello, Thomas H./Pennycook, Gordon/Rand, David G.: *Durably Reducing Conspiracy Beliefs Through Dialogues with AI*, in: *PsyArXiv*, 03.04.2024. doi:10.31234/osf.io/xcwdn.

1058 Hintergrund waren (vermeintliche) Pläne des Bundesforschungsministeriums, im Rahmen der Forschungsförderung förderrechtliche Sanktionen für die Unterstützung pro-palästinensischer Positionen zu prüfen.

Wissenschaftsfreiheit hier aber enge Schranken. Da in diesem Kapitel ressourcenorientierte Handlungsweisen im Vordergrund stehen sollen, ist jedoch eine andere Herangehensweise lohnender: denn so wie Förderprogramme demokratiefeindliche Bewerbungen oder Bewerber*innen ausschließen können, können sie gezielt auch wünschenswerte Ressourcen fördern. Darunter können allgemein demokratiefördernde Maßnahmen fallen (der Bund ist hier insbesondere im Rahmen des Programms *Demokratie leben!* bereits tätig; das vom Bundeskabinett Ende 2022 beschlossene *Demokratiefördergesetz* befindet bei Erstellung dieser Studie jedoch noch immer im Gesetzgebungsverfahren) oder auch spezielle Förderprogramme zur Bekämpfung von Verschwörungsideologien. Derzeit bieten vor allem Akteur*innen, die schon bisher in ähnlichen, verwandten Themengebieten tätig waren, hier Angebote an – etwa Bildungsstätten, Ausstiegsprogramme oder Sektenberatungsstellen. In Berlin jedoch gibt es mit *Veritas* auch eine eigene Beratungsstelle „für Betroffene von Verschwörungserzählungen“, gefördert auch durch das Land Berlin.¹⁰⁵⁹

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung demokratischer Resilienz auf staatlicher Ebene schlägt schließlich Wolfgang Merkel vor: Er sieht in der aktuell durch multiple Krisen herausgeforderten Politik eine „Machtverschiebung“ zugunsten der Exekutive.¹⁰⁶⁰ Er schlägt zur Resilienzförderung auf staatlicher Ebene eine **Stärkung der Legislative** vor.¹⁰⁶¹ Aus einem normativen Demokratieverständnis heraus ist diese Forderung folgerichtig, da die Legislative die Repräsentanz des Staatsvolkes darstellt und sie sich direkt aus dessen Wahl legitimiert. Während beim Regierungshandeln oft die Vertraulichkeit innerhalb des sogenannten *Kernbereichs exekutiver Verantwortung* ein Leitprinzip ist, steht in der Legislative in der Regel die Diskussion und Deliberation im Vordergrund. Ein wieder stärkeres Hervortreten der Legislative im politischen Prozess könnte verschwörungsideologisch angehauchten Konzeptionen, die die im Verborgenen ablaufende und machtkonzentrierte Politik des Regierungsapparates kritisieren, vorgegriffen werden. Die vorgeschlagene Stärkung der Legislative ist allerdings nur in geringerem Umfang eine reaktive Antwort auf die Ausbreitung von Verschwörungsideologien, als dass sie wiederum eine demokratische Ressource ist, die demokratische Legitimität und zentrale demokratische Normen der repräsentativen Demokratie stärkt.

1059 Siehe *Veritas. Beratungsstelle für Betroffene von Verschwörungserzählungen*, online verfügbar unter: <https://www.veritas-berlin.de/de/>.

1060 Siehe und vgl. Merkel 2022, S. 105.

1061 Vgl. a. a. O., S. 105 f.

Ich habe bereits an einigen Stellen dargestellt, wie die Ressourcen demokratischer Resilienz eng mit Selbstwirksamkeit verbunden sind. Einige Begriffe, die traditionell auch als Resilienzfaktoren begriffen werden, habe ich bewusst ausgeklammert und möchte sie als eigenständige Ressource im folgenden Unterkapitel einbringen. Dabei ist der Zusammenhang aller drei in diesem Kapitel 5 angesprochenen Ressourcen immer zu beachten.¹⁰⁶² Auch zwischen Resilienz und der Konzeption von Selbstwirksamkeit bzw. demokratischer Partizipation, die ich im nächsten Unterkapitel darstellen werde, besteht in der Literatur ein klarer Zusammenhang und die Konzepte können nicht getrennt gedacht werden.¹⁰⁶³

5.3 Strategien demokratischer Selbstwirksamkeit: Handlungsfähigkeit trotz Unsicherheit

Selbstwirksamkeitserwartungen bzw. *self-efficacy* wird in der Literatur zum Thema Resilienz oftmals als eigener Resilienzfaktor oder als Teil einer personalen Resilienz angesehen.¹⁰⁶⁴ Ich möchte demokratische Selbstwirksamkeit als eigenständige Ressource betrachten, die die funktionale Unsicherheit, die von Verschwörungsideologien angesprochen wird, behandelt und die eigenständige Mittel zur Aktivierung und Stärkung kennt. Selbstwirksamkeit als psychologischer und pädagogischer Begriff geht in seiner heutigen Verwendung maßgeblich auf den kanadischen Psychologen Albert Bandura zurück. Er definiert das Konzept als „beliefs in one’s capabilities to organize and execute the courses of action required to manage prospective situations“.¹⁰⁶⁵ Zimmermann und Cleary führen ähnlich aus: „Self-efficacy refers to subjective judgements of one’s capabilities to organize and execute courses of action to attain designated goals“.¹⁰⁶⁶ Selbstwirksamkeit bzw. Selbstwirksamkeitserwartungen beeinflussen, wie Individuen

1062 Das heißt, hier handelt es sich vor allem um eine konzeptionelle, idealtypische Einordnung der einzelnen Maßnahmenvorschläge.

1063 Vgl. Lutz, Ronald: *Zusammenhänge von Partizipation und Resilienz*, in: Raingard Knauer/Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.): *Demokratische Partizipation von Kindern*, Weinheim 2016, S. 97 ff.

1064 Vgl. Fröhlich-Gildhoff/Rönnau-Böse 2009, S. 40.

1065 Siehe Bandura, Albert: *Exercise of personal and collective efficacy in changing societies*, in: Bandura, Albert (Hrsg.): *Self-efficacy in Changing Societies*, Cambridge 1995, S. 2.

1066 Siehe Zimmerman, Barry J./Cleary, Tim: *Adolescents’ Development of Personal Agency*, in: Frank Pajares/Tim Urdan (Hrsg.): *Self-Efficacy Beliefs of Adolescents*, Greenwich, CT 2006, S. 47.

denken, fühlen, sich selbst motivieren und am Ende auch handeln. Selbstwirksamkeitserwartungen spielen damit eine zentrale Rolle darin, wie Individuen ihre Ziele, Aufgaben und Herausforderungen meistern.¹⁰⁶⁷ Sie sind mitunter also zentral zur Herstellung von Handlungsfähigkeit gerade auch in kontingenten oder unsicheren Situationen.¹⁰⁶⁸ Dabei zeigt sich empirisch, dass erhöhte Selbstwirksamkeitszuschreibungen tatsächlich auch politische Beteiligung und politisches Involvement erhöhen.¹⁰⁶⁹ Sie stellen die im vorgenannten Kapitel genannte (und ausgeklammerte) Flexibilität des demokratischen Handelns, auf personaler Ebene insbesondere durch individuelle Selbstwirksamkeit und Problemlösekompetenz, zur Verfügung. Daher sind Selbstwirksamkeitserwartungen ideale Ressourcen für die funktionale Ebene demokratischer Antworten auf Verschwörungsideologien und zur damit einhergehenden Steigerung von Ambiguitätstoleranz.

Selbstwirksamkeit, oder die damit verbundene „agency“ bzw. Handlungsfähigkeit, kann auf drei Wegen erfahren werden: „*individual, proxy, and collective*“.¹⁰⁷⁰ Während die individuelle Ebene gerade bereits definiert wurde, möchte ich auf die beiden anderen Ebenen jetzt zu sprechen kommen. Selbstwirksamkeitserfahrung *by proxy* meint die Möglichkeit, sich an denjenigen zu orientieren, die Einfluss und Mittel besitzen und von denen man glaubt, sie könnten einem weiterhelfen.¹⁰⁷¹ Besonders spannend für diese Studie ist aber kollektive oder politische Selbstwirksamkeit als demokratische Ressource, da sie gemeinsames, zielgerichtetes Handeln beschreibt und somit Kernaufgaben demokratischer Prozesse. *Collective efficacy* ist für Bandura „[p]eople’s shared belief in their collective power to produce desired results“.¹⁰⁷² Sie beschreibt die Überzeugung, dass durch gemeinsames Handeln Mitglieder einer Gruppe Einfluss nehmen, teilhaben und Ziele gemeinsam erreichen können. Das hat einen großen Einfluss

1067 Vgl. Bandura 1995, S. 3ff.

1068 Vgl. dazu u. a. auch Bandura, Albert: *Adolescent Development from an Agentic Perspective*, in Frank Pajares/Tim Urdan (Hrsg.): *Self-Efficacy Beliefs of Adolescents*, Greenwich, CT 2006, S. 3.

1069 Vgl. Prats, Mariana/Meunier, Axel: *Political efficacy and participation: An empirical analysis in European countries*, in: *OECD Working Papers on Public Governance* 46, Paris 2021, S. 13, online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/4548cad8-en>; vgl. auch Pollock, Philip H.: *The Participatory Consequences of Internal and External Political Efficacy: a Research Note*, in: *Western Political Quarterly* 36 (3) 1983, S. 400–409.

1070 Siehe und vgl. Bandura 2006, S. 4.

1071 Vgl. a. a. O., S. 4f.

1072 Siehe a. a. O., S. 29.

darauf, wie Gemeinschaften und generell kollektive Entitäten agieren; es ist eine zentrale Ressource für gemeinschaftliches und gesellschaftliches Handeln.¹⁰⁷³

Die politische Ebene ist zentral für solche kollektiven Formen der Selbstwirksamkeitserfahrungen. „[...] if people are to have some command of their lives, they must exercise influence over the political process“, schreibt Bandura.¹⁰⁷⁴ Konkreter gefasst heißt *political efficacy* für ihn 1) „that one can have a hand in effecting social change through political activity“ und 2) „the changeableness of the sociopolitical system and its responsiveness to public interest and action.“¹⁰⁷⁵ Politische Selbstwirksamkeit besteht also aus zwei Komponenten: einerseits der Überzeugung, durch eigenes Handeln politisch wirksam werden zu können. Eine Überzeugung, die effektiv geschichtsmetaphysisch problematischen Erzählungen¹⁰⁷⁶ entgegenwirkt und Erfahrungen von Kontingenz und Komplexität, mithin Entfremdungserfahrungen, abmildert und stattdessen eigene Handlungsressourcen stärkt. Andererseits gehört zur politischen Selbstwirksamkeit eine demokratische Überzeugung, zu der eine Wissenskomponente über politische und soziale Gegebenheiten ebenso wie eine normative, zur Demokratie als Gesellschaftsform positiv gerichtete, Komponente.

Den Begriff der politischen Selbstwirksamkeit benutzte tatsächlich bereits in den 1950er-Jahren eine Forschergruppe. Sie definierten das Konzept konkreter als

„the feeling that individual political action does have, or can have, an impact upon the political process, i.e., that it is worth while to perform one's civic duties. It is the feeling that political and social change is possible, and that the individual citizen can play a part in bringing about this change. To the extent that this feeling of political efficacy is measurable, we would predict that it would be positively related to political participation.“¹⁰⁷⁷

1073 Vgl. Bandura 1995, S. 33 ff.

1074 Siehe Bandura 2006, S. 29.

1075 Siehe ebd.

1076 Wie der der Beeinflussung der Geschichte allein durch mächtige Männer.

1077 Siehe Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E.: *The Voter Decides*, Westport, CT 1954, S. 187. Auch diese Konzeption beinhaltet eine starke Ambiguitätsvariable, so sie die *Möglichkeit* zu politischer Veränderung betont, nicht aber eine Determination dahingehend.

Der von ihnen behauptete Zusammenhang zwischen Partizipation und politischer Selbstwirksamkeit bestätigte sich in ihrer Studie schließlich auch empirisch.¹⁰⁷⁸ Ein zweiter wichtiger Faktor bzw. eine Teilressource, die im Zusammenhang mit politischer Selbstwirksamkeit steht, ist neben Partizipation auch Vertrauen. Bandura beschreibt, dass es neben denjenigen mit gleichzeitig hoher politischer Selbstwirksamkeit und einem hohen institutionellen Vertrauen noch zwei weitere Gruppen gibt: diejenigen, die zwar an ihre eigene Kompetenz glauben, aber offiziellen Stellen misstrauen. Und die Gruppe der „politisch Apathischen“.¹⁰⁷⁹ Beide sind für ein demokratisches Gemeinwesen schwierig zu erreichen. Auch Institutionenvertrauen spielt eine wichtige Rolle, da Verschwörungsideologien, wie in Kapitel 3.3 gezeigt, versuchen, demokratische Institutionen durch eigene, verschwörungsideologische Institutionen zu ersetzen. Bandura beschreibt nicht zuletzt, wie auch bereits im Kindesalter solche politischen Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht werden können, etwa wenn Kinder Erwachsene oder Bildungseinrichtungen (argumentativ) von etwas überzeugen können. Diese Erfahrungen beeinflussen die spätere Betrachtung der Selbstwirksamkeit. Wer in dieser Phase schon Selbstwirksamkeit erfährt glaubt auch später eher an die Veränderbarkeit von Institutionen und Situationen.¹⁰⁸⁰

Kollektive und politische Selbstwirksamkeit kann sich dabei für das Individuum sowohl in einem politischen als auch einem vorpolitischen Raum entfalten. Beide Dimensionen möchte ich in diesem Unterkapitel gerne darstellen, ergänzt um eher systemische Möglichkeiten zur Erhaltung einer demokratischen Handlungsfähigkeit auf der Makroebene. Ähnlich gestalten sich die noch nicht bearbeiteten Handlungsfelder politischer Stabilität, die Wolfgang Merkel als Resilienzfaktoren demokratischer Systeme dargestellt hat: Das erste Handlungsfeld (konstitutionelle Gewalten) habe ich mit dem Aufruf zur Stärkung der Legislative bereits im vorherigen Unterkapitel behandelt. Die übrigen drei Handlungsfelder „Zivilgesellschaft/Diskurse/pol[itische] Kultur“, „Parteiensystem“ (Merkels von mir an dortiger Stelle aufgegriffene zentrale Maßnahme ist jedoch weniger parteienorientiert, daher trifft es *politisches System* wohl besser) und „Politische Gemeinschaft“ spiegeln sich auch in den folgenden Unterpunkten, die wie am Anfang dieses Absatzes beschrieben sind, wider.¹⁰⁸¹

1078 Vgl. a. a. O., S. 190.

1079 Siehe und vgl. Bandura 2006, S. 29.

1080 Vgl. a. a. O., S. 30.

1081 Siehe Merkel 2022, S. 103.

Vorpolitische Teilhabe

Der *vorpolitische* Raum soll in diesem Sinne in keiner Weise als *unpolitischer* Raum verstanden werden. Für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaftsordnung ist dieser Raum zentral. Denn hier geht es darum, Demokratie zu erlernen, sie erlebbar zu machen und demokratische Werte ganz konkret auf allen Ebenen umzusetzen. Selbstorganisation und Selbstbestimmung sind zentrale Werte in diesem vorpolitischen Raum.

In der **Jugendarbeit** beispielsweise handelt es sich dabei nicht nur um einen pädagogischen Anspruch, sondern gar um gesetzliche Vorgaben. Das SGB VIII zur Kinder- und Jugendhilfe formuliert Mitbestimmung und Selbstorganisation als Grundsätze der Jugendarbeit:

„Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Dabei sollen die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.“

§ 11 Abs. 1 SGB VIII¹⁰⁸²

„In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Ihre Arbeit ist auf Dauer angelegt und in der Regel auf die eigenen Mitglieder ausgerichtet, sie kann sich aber auch an junge Menschen wenden, die nicht Mitglieder sind. Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten.“

§ 12 Abs. 2 SGB VIII¹⁰⁸³

Das sind seit der Einführung des SGB VIII im Jahr 1990 Grundsätze für den gesamten Bereich der Jugendarbeit in Deutschland. Sie sind gerade vor dem Hintergrund, schon früh demokratieförderliche Ressourcen aufzubauen, zentral: „[Selbstorganisation] sucht eine kritisch-aktive Mitwirkung in der

1082 Hervorhebung S.C.

1083 Hervorhebung S.C.

demokratischen Gesellschaft, indem Kinder und Jugendliche [...] ihrer Themen in demokratische Konflikt- und Entscheidungsprozesse einbringen“.¹⁰⁸⁴ Tatsächlich lässt sich eine negative Korrelation zwischen Jugendarbeit und demokratiefeindlichen Aktivitäten feststellen. Christian von Wolfersdorff beschreibt, wie rechte Netzwerke insbesondere dort Fuß fassen können, wo insbesondere regionale und raumbezogene Angebote der Jugendarbeit abgebaut werden.¹⁰⁸⁵ Dies lässt sich wohl auch auf Verschwörungsideologien übertragen. Jugendverbände, aber auch Jugendzentren oder auch mobile und aufsuchende Angebote, können junge Menschen erreichen und mit ihnen gezielt an demokratieförderlichen Ressourcen arbeiten, insbesondere ihre demokratische Selbstwirksamkeit aktivieren und fördern. Dazu sind jedoch vor Ort auch entsprechende demokratiepädagogische und zielgerichtete Konzepte notwendig, die in der Jugendarbeit umgesetzt werden.

Interessante Entwicklungen gibt es gleichzeitig neben regionalen Angeboten aber auch im Internet. Das bayerische Projekt *Digital Streetwork* baut auf älteren Pilotprojekten auf und betreibt mobile Streetwork im Netz. Ein ähnliches Projekt *pre:bunk* der bpb und der Amadeu Antonio Stiftung versucht die Medienkompetenz junger Menschen im Netz zu fördern. Zwar berühren diese Angebote vor allem Wissens- und Resilienzressourcen, sollen der Vollständigkeit halber aber auch hier beim Thema Jugendarbeit angesprochen werden. Insbesondere, da erste Rückmeldungen zur Digital Streetwork bislang positiv ausfallen.¹⁰⁸⁶

Auch im schulischen Kontext ist Demokratie ein zentraler Faktor für Selbstwirksamkeitserfahrungen. Verschiedene pädagogische Ansätze betonen, wie wichtig es ist, „**Lernprozesse als demokratisches Vorbild** [zu] konstruieren.“¹⁰⁸⁷ Zentrales Stichwort ist auch hier wieder das des Projekt-

1084 Siehe Schwerthelm, Moritz/Sturzenhecker, Benedikt: *In der Offenen Jugendarbeit geht noch was. Demokratische Selbstorganisation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen*, in: *Extrablück: Interessenvertretung in der Kinder- und Jugendhilfe* 45, 2021, S. 340.

1085 Vgl. von Wolfersdorff, Christian: *Soziale Arbeit und gesellschaftliche Polarisierung – eine sozialräumliche Betrachtung*, in: Margaret Dörr/Birgit Herz (Hrsg.): „Unkulturen“ in Bildung und Erziehung, Wiesbaden 2010, S. 246.

1086 Vgl. Wiedel, Fabian/Dinar, Christina: *Soziale Arbeit in hybriden Lebenswelten. Digital Streetwork als Lösung für viele Social-Media-Probleme?*, in: *MedienConcret – Magazin für die pädagogische Praxis*, 2023, S. 92–93.

1087 Siehe Heinrich, Gudrun: *Politische Bildung gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Welche Bedeutung hat der Beutelsbacher Konsens?*, in: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hrsg.): *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens?*, Bonn 2016, S. 184.

lernens.¹⁰⁸⁸ Auch jenseits der Fachunterrichtsstunden können institutionelle Arrangements den demokratischen Gedanken im Schulalltag fördern und damit von Anfang an wichtige Selbstwirksamkeitsressourcen aktivieren. Stichworte dafür können sein „demokratische Schulgemeinschaft“, also eine Einbeziehung der Schüler*innen auch in wichtige Entscheidungen der Schule, „Klassenrat“ als partizipative Einrichtung im engeren Umfeld oder „Partizipation im schulischen Umfeld“ bzw. „Lernen durch Engagement“, wo in dem Projektlernen recht ähnlichen Settings demokratisches Engagement im näheren Umfeld der Schule eingeübt wird und Ergebnisse direkt sichtbar werden können.¹⁰⁸⁹ Wichtig ist dabei vor dem Hintergrund von Selbstwirksamkeitserfahrungen, dass eine echte Beteiligung, die in Aussicht gestellt wird. Beteiligungsprozesse, die nicht zu Ende geführt werden oder Beteiligung lediglich simulieren, können nämlich schnell zu gegenteiligen Effekten führen.¹⁰⁹⁰

In Jugendarbeit und Bildung, aber auch außerhalb dieser, haben **Vereine und Verbände** eine wichtige Rolle in der Aktivierung und Stärkung demokratischer Selbstwirksamkeit. Wolfgang Merkel betont die „gesellschaftliche [...] Brückenfunktion“ der Zivilgesellschaft, die von großen NGOs nicht wahrgenommen werden kann, sondern vor allem in der Hand lokaler Vereine und Verbände liegt, auch wenn diese mit sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen haben.¹⁰⁹¹ In ihnen sieht er die Chance, die „Zerteilung der Zivilgesellschaft in Freund und Feind“ zu überwinden und „Empathie, Toleranz und Gemeinschaftssinn“ als zentrale demokratische Ressourcen zu befördern.¹⁰⁹² Ähnlicher Ansicht sind auch demokratiepädagogische Konzeptionen, die Demokratie nicht nur als Herrschafts- und Gesellschaftsform, sondern insbesondere als Lebensform begreifen. Zentral kann hier auch der Begriff der „**Kommunalspädagogik**“ genannt werden, den Helmut Richter von Jürgen Habermas ableitet.¹⁰⁹³ Auch sie ist sozialraumorientiert

1088 Vgl. Edelstein, Wolfgang: *Was ist Demokratiepädagogik? Versuch einer operativen Bestimmung*, in: Beutel, Wolfgang (Hrsg.): *Demokratiepädagogik: Lernen für die Zivilgesellschaft*, Schwalbach 2007, S. 204.

1089 Vgl. Edelstein, Wolfgang/Frank, Susanne/Sliwka, Anne (Hrsg.): *Praxisbuch Demokratiepädagogik. Sechs Bausteine für die Unterrichtsgestaltung und den Schulalltag*, Bonn 2009.

1090 Vgl. Gesemann, Frank/Freudenberg, Lea: *Produktive Resonanzräume schaffen. Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie*, Berlin 2021, S. 46.

1091 Siehe und vgl. Merkel 2022, S. 107.

1092 Siehe und vgl. a. a. O., S. 108.

1093 Siehe und vgl. Richter, Elisabeth/Richter, Helmut/Sturzenhecker, Benedikt/Lehmann, Teresa/Schwerthelm, Moritz: *Bildung zur Demokratie. Operationalisierung des Demokratiebegriffs für pädagogische Institutionen*, in: Raingard Knauer und Benedikt Stur-

und stellt diesen Raumbezug als Möglichkeit der Verortung oder Verwurzelung in einer globalisierten Welt in den Vordergrund.¹⁰⁹⁴ Damit spricht sie direkt auch einige der Phänomene an, die es Verschwörungsideologien in einer zunehmend kontingenten und komplexen Welt leicht machen, Fuß zu fassen. Richter spricht hier auch von einer „kommunalen Identitätsbildung“, die konkret egalitär ausgestaltet ist und unterschiedliche identitäre und demografische Unterschiede („des Geschlechts, der Generation, des Ethnischen bzw. Religiösen sowie der Schichtzugehörigkeit“) verschwimmen lässt.¹⁰⁹⁵ Richter formuliert Erwartungen vor allem junger Menschen an ehrenamtliches Vereinsengagement:

„So finden es z.B. 95 % der heutigen Jugendlichen wichtig bis sehr wichtig, dass ihr Engagement Spaß macht; zwei Drittel halten es für wichtig bis sehr wichtig, dass Freunde dabei mitmachen; Geld spielt demgegenüber nur eine vergleichsweise geringe Rolle, sodass fast 50 % es für weniger wichtig ansehen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass es für fast 90 % der Jugendlichen wichtig bis sehr wichtig ist, jederzeit aussteigen zu können; für einen ebenso großen Prozentsatz ist nicht weniger wichtig, dass sie mitbestimmen können, was sie genau zu tun haben, und nur knapp 50 % halten es für wichtig bis sehr wichtig, einzig mit Gleichaltrigen zusammenzuarbeiten.“¹⁰⁹⁶

Er betont, dass es beim Thema *jederzeit aussteigen zu können*, nicht zwingend um mangelnde Verbindlichkeit geht, sondern vielmehr „als Rückversicherung für den Fall aufzufassen ist, dass die anderen Erwartungen nicht erfüllt werden.“¹⁰⁹⁷ Aufgabe ist es also, diese und andere Erwartungen, die in ehrenamtliches Engagement im vorpolitischen Raum gesteckt werden, möglichst zu erfüllen. Davon profitieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst aber auch die demokratische Selbstwirksamkeit als Ressource auf dieser Ebene.

Eng zusammenhängend mit dem Thema der kommunalen Identität ist der Ansatz des **Community Building** bzw. **Community Organizing**. Com-

zenhecker (Hrsg.): *Demokratische Partizipation von Kindern*, Weinheim 2016, S. 114; Hervorhebung S.C.

1094 Vgl. Richter, Helmut: *Kommunalspädagogik*, in: Coelen, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): *Grundbegriffe Ganztagsbildung*, Wiesbaden 2008, S. 868.

1095 Siehe und vgl. a. a. O., S. 875.

1096 Siehe ebd.

1097 Siehe und vgl. ebd.

munity Building, angelehnt an die Konzeption von Scott Peck, schlagen Claudine Nierth und Roman Huber als demokratische Antwort auf gesellschaftliche Spaltung und Krise vor.¹⁰⁹⁸ Das Konzept beschreibt dabei nicht eine einzelne Maßnahme, sondern ein ganzes Set an Instrumenten, die dazu beitragen sollen, gemeinsam an einem Problem, einer Herausforderung oder einem Ziel zu arbeiten. Scott Peck beschreibt seine *Community* wie folgt:

„[...] ‘community’ is a group of two or more people who, regardless of the diversity of their backgrounds, have been able to accept and transcend their differences, enabling them to communicate openly and effectively, and to work together towards common goals, while having a sense of unusual safety with one another. Community Building workshops endeavor to create this safe place.“¹⁰⁹⁹

Community Organizing bzw. *Gemeinwesenarbeit* ist ein klassisches Handlungsfeld, in dem die Soziale Arbeit sich wiederfinden kann, wenn sie sich als demokratieorientiert begreift.¹¹⁰⁰ Als „dritte Methode“¹¹⁰¹ bzw. dritte „Sozialform“¹¹⁰² der Sozialen Arbeit (neben der Einzelfallarbeit und der Gruppenarbeit) nimmt sie hier eine zentrale Rolle ein. Sie kann z. B. mit den Grundlagen des *Community Building* arbeiten, beinhaltet aber unterschiedlichste Instrumente zur Beschäftigung mit fast unendlichen Themenfeldern. Sie alle eint, dass sie einen sozialräumlichen, oft quartiers- oder themenbezogenen, Bezugspunkt haben und dass sie vor allem empowernd bzw. selbstermächtigend für die Community vor Ort oder für betroffene Bürger*innen sein soll.¹¹⁰³ Ähnlich wie die weiter oben beschriebene Kommunalpädagogo-

1098 Vgl. Nierth/Huber 2023, S. 227 ff.

1099 Siehe Peck, Morgan Scott: *Community Building in Brief*, Memento online unter: <https://web.archive.org/web/20080905123708/http://communityx-roads.org/about/brief.html>.

1100 Vgl. Fischer, Ute/Heidmeier, Katja/Stock, Lothar: *Community Organizing – Partizipation und Demokratie im Alltag*, in: Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hrsg.): *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation*, Opladen 2019, S. 153–161.

1101 Siehe Spieckermann, Holger: *Die Netzwerkmetapher in der Sozialen Arbeit Transfer und Transformation von Wissen zwischen Wissenschaft und Praxis*, Köln 2020, S. 40.

1102 Siehe Seithe, Mechthild/Heintz Matthias: *Ambulante Hilfe zur Erziehung und Sozialraumorientierung. Plädoyer für ein umstrittenes Konzept der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Nützlichkeitsideologie*, Opladen 2014, S. 270.

1103 Vgl. a. a. O., S. 270 f.

gik setzt sie Entfremdungstendenzen eine lokale Identität entgegen und ermutigt Menschen insbesondere dazu, handlungsmächtig und selbst-wirksam zu werden. Dabei ist der „Klient“ nicht der einzelne Mensch [...], sondern das Gemeinwesen selbst.“¹¹⁰⁴ Typische, beispielhaft aufgezählte Ausformungen sind dabei das Quartiersmanagement, die Netzwerkarbeit im Stadtteil, aber auch die Durchführung von partizipativen und empowernden Prozessen zu bestimmten Themen, die (sozio)kulturelle Belebung eines Ortes, Hilfe bei der Durchsetzung der Belange von Kindern und Jugendlichen, Migrant*innen, Senior*innen oder anderer spezifischer Zielgruppen im Sozialraum.¹¹⁰⁵ Gemeinwesenarbeit kann so beispielsweise in dem Sinne Demokratiearbeit sein, als dass sie die unterschiedlichen Ressourcen, die Menschen zur Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen Interessen als Voraussetzung mitbringen, nivellieren und mehr Menschen eine selbstwirksame Teilhabe am Gemeinwesen ermöglichen kann oder indem sie neue demokratische Prozesse entdecken und etablieren kann.¹¹⁰⁶

Politische Partizipation vor Ort

Je nach dem eigenen Selbstverständnis (siehe Fn. 1104) steht die Gemeinwesenarbeit bereits in direktem Bezug zu politischer Partizipation. Unab-

1104 Siehe a. a. O., S. 271. Methodische Fragen über die Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit klammere ich hier aus. Das Selbstverständnis reicht von wohlfahrtsstaatlichen Angeboten bis zu systemkritischer Arbeit. Genauer zu den Methodendiskussionen kann jedoch beispielsweise a. a. O., S. 285 ff. genauer nachgelesen werden oder auch bei Gruber, Sabine: *Beiträge von Lokaler Agenda 21 und Gemeinwesenarbeit zur Versorgung mit erneuerbaren Energien*, in: Susanne Elsen/Anna Aluffi Pentini (Hrsg.): *Gesellschaftlicher Aufbruch, reale Utopien und die Arbeit am Sozialen*, Schwäbisch Hall 2013, S., S. 263; auch Bringt, Friedemann/Fischlmayr, Anna/Schletti, Brigitte/Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Zychlinski, Jan: *Gemeinwesenarbeit als Demokratiearbeit. Von trinationalen Erfahrungen mit Rechtsruck, Konsens und Konflikt*, in: Florian Baier/Stefan Borrmann/Johanna M. Hefel/Barbara Thiessen (Hrsg.): *Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit*, Opladen 2022, S. 209.

1105 Vgl. Wegweiser Bürgergesellschaft.de: *Methoden und Arbeitsweisen der Gemeinwesenarbeit*, online verfügbar unter: <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/gemeinwesenarbeit-und-migration/gemeinwesenarbeit-und-gefluechtete-inklusive-gwa-in-neuen-nachbarschaften/methoden-und-arbeitsweisen-der-gwa>.

1106 Vgl. Bringt, Friedemann: *Umkämpfte Zivilgesellschaft. Mit menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit*, Opladen 2021, S. 63 ff.; vgl. auch Bringt et. al. 2022, S. 216.

hängig von Konzepten der Sozialen Arbeit hat auch die Politik vor Ort Möglichkeiten, strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Demokratietheoretiker Benjamin Barber hat das Konzept der *Strong Democracy* vorgestellt, in dem er partizipative Elemente nach vorne stellt. Darunter versteht er Elemente eines „unmediated self-government by an engaged citizenry“.¹¹⁰⁷ Darin sieht er die Möglichkeit Demokratie zu retten, in einer Zeit, in der sie von verschiedenen Erscheinungen der Moderne und von immer mehr internationalen Abhängigkeiten bedroht wird.¹¹⁰⁸

Wolfgang Merkel zeichnet auf, wie das Parteiensystem in den vergangenen Jahren immer weniger repräsentativ gegenüber der Bevölkerung geworden ist. Neben einer Behebung dieses Zustandes fordert er aber insbesondere „andere Beteiligungsverfahren wie **Volksabstimmungen** oder **Bürgerräte**“ zu fördern.¹¹⁰⁹ Vermittels solcher direktdemokratischer Beteiligungsinstrumente können Bürger*innen unmittelbar politische Selbstwirksamkeitserfahrungen machen.

Barber sieht die Notwendigkeit zur Umsetzung partizipativer Praktiken auf nationaler Ebene, legt einen noch größeren Fokus aber auf die kommunale Arbeit vor Ort, die er anhand der direkten Demokratie in der Schweiz erforscht hat,¹¹¹⁰ die vor allem mit Volksabstimmungen arbeitet.

Aber auch die Etablierung von **Bürgerhaushalten** auf kommunaler Ebene als direktdemokratisches Instrument kann ähnliche Ressourcen stärken. Dabei gibt es unterschiedliche Verfahrensweisen. Als Vorbild gilt oft die brasilianische Stadt Porto Alegre, in der – basiert vor allem auf Stadtebene – Bürger*innen direkt an der Aufstellung des städtischen Haushalts zusammen mit der Stadtverwaltung beteiligt sind. Deren gemeinsamer Haushaltsvorschlag wird später dem Stadtrat lediglich zur Abstimmung vorgelegt, der am Entstehungsprozess im Vorfeld zumindest formell nicht beteiligt ist. Andere Formen des Bürgerhaushalts sind zum Beispiel die Einrichtung eines eigenen Haushaltstopfs, aus dem Bürger*innen, beispielsweise wieder stadtteilbezogen, bestimmte (kulturelle, infrastrukturelle oder andere) Projekte finanzieren und voranbringen können; oder eine sehr transparente Haushaltsdarstellung, die es Bürger*innen einfacher möglich

1107 Siehe und vgl. Barber, Benjamin: *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Twentieth Anniversary Edition with a New Preface, Berkeley, CA 2003, S. 261.

1108 Vgl. a. a. O., S. 311.

1109 Siehe und vgl. Merkel 2022, S. 107; vgl. auch Nierth/Huber 2023, S. 210 ff.

1110 Vgl. Barber, Benjamin: *The Death of Communal Liberty. A History of Freedom in a Swiss Mountain Canton*, Princeton, NJ 1974.

macht, konkrete Vorschläge an den Haushalt (über Bürgerversammlungen oder auch Stadtratsmitglieder) einzubringen.

Über diese Maßnahmen hinaus gibt es viele weitere Elemente politischer Partizipation, die sich vor Ort umsetzen lassen. Nierth und Huber schlagen „Stabsstelle[n] für Beteiligung“ bei den Kommunen vor, die mit **Beteiligungsexpert*innen** bzw. -beauftragten besetzt werden sollen. Sie könnten auch Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft sein.¹¹¹¹ Ähnlich schlägt Benedikt Sturzenhecker hauptamtliche „**Demokratiescouts**“ und ehrenamtliche „Demokratiepeers“ vor, die an Partizipationsmöglichkeiten heranführen und in den damit verbundenen Prozessen Hilfe anbieten können.¹¹¹² Wenngleich Sturzenhecker sich vor allem auf Kinder und Jugendliche bezieht, sehe ich keine Notwendigkeit, das Konzept auf diese Zielgruppe zu beschränken. Eine aktive Förderung politischer Partizipation durch die Kommunen könnte politische Selbstwirksamkeit an vielen Stellen stärken und damit wie Eingangs dieser Unterkapitels erläutert damit auch wichtige Ressourcen, die eine demokratische Antwort auf Verschwörungsideologien darstellen.

Systemische Handlungsfähigkeit

Schließlich kann auch die Ebene des politischen Systems bei der Frage nach Handlungsfähigkeit und politischer Wirksamkeit nicht außen vor gelassen werden. Neben Elementen der Partizipation und Teilhabe, die auch auf höherer staatlicher Ebene implementiert werden können, möchte ich noch zwei Vorschläge aufgreifen, die mir vielversprechend erscheinen.

Einen innovativen Vorschlag, die Handlungsfähigkeit des politischen Systems unter Überwindung von Parteigrenzen zu erhöhen, bringen Nierth und Huber ins Gespräch: Sie beschreiben die Einrichtung eines **Zukunftsministeriums**, einer Institution, die in ähnlicher Form in Schweden von 2014 bis 2016 existierte.¹¹¹³ Anders als Fachministerien soll die Arbeit dieses Ministerium langfristig ausgelegt und es weniger mit Tagespolitik beschäf-

1111 Vgl. Nierth/Huber 2023, S. 247.

1112 Siehe und vgl. Sturzenhecker, Benedikt: *Demokratiescouts. Ein Vorschlag zur Stärkung jugendlicher Partizipation an demokratischen Öffentlichkeiten und Entscheidungen in der Kommune*, in: Raingard Knauer/Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.): *Demokratische Partizipation von Kindern*, Weinheim 2016, S. 218 ff.

1113 Zwar gab es auch in der Vergangenheit teilweise Benennungen offizieller oder auch nur PR-technischer Art von Zukunftsministerien auch im deutschsprachigen Raum. Jedoch hatten diese nichts mit o.g. Konzeption eines Zukunftsministeriums zu tun.

tigt sein.¹¹¹⁴ Dieses Ministerium sollte dabei nicht rein von den Mehrheitsfraktionen besetzt werden, die institutionelle Ausgestaltung ist eher ähnlich dem Schweizer Modell der Konkordanzdemokratie.¹¹¹⁵ Einen etwas konkreteren Vorschlag brachten die österreichischen NEOS 2023 ins Gespräch: Ein Zukunftsministerium solle sich mit der Rechtsfolgenabschätzung politischer Maßnahmen, insbesondere mit den Folgen auf künftige Generationen beschäftigen. Das Ministerium solle die Kompetenz haben, Gesetzentwürfe einem „Zukunftscheck“ zu unterwerfen; Gesetze, die diesen nicht bestehen, sollten nicht beschlossen werden.¹¹¹⁶

Anstatt eines Ministeriums hat in Finnland das Parlament bereits einen Zukunftsausschuss.¹¹¹⁷ Dieser hat tatsächlich bereits ähnliche Aufgaben wie das von den NEOS für Österreich vorgeschlagene Ministerium.¹¹¹⁸ Ebenfalls nicht mit Kabinettsrang, hat auch das politische System in Deutschland Erfahrung mit einer ähnlichen Einrichtung: auf parlamentarischer Ebene gibt es das Instrument der Enquete-Kommission. Diese Kommissionen bestehen aus Abgeordneten und externen Sachverständigen gleichberechtigt und werden oft zu Fragen eingerichtet, in denen eine weitergehende Mehrheit der Bevölkerung (über die Mehrheitsfraktionen im Bundestag hinausgehend) wünschenswert ist oder in denen es keine klare politische Trennlinie zwischen den Parteien gibt. Die Enquete-Kommissionen erlassen keine Gesetze, sondern erstellen einen Abschlussbericht, in dem sie dem Gesetzgeber in der Regel Vorschläge für Norminitiativen unterbreiten.

Ich möchte an dieser Stelle offenlassen, ob es tatsächlich eines eigenen Ministeriums bedarf. Die Forderung nach Instrumenten für eine längerfristig angelegte Politik und zur Herstellung größerer gesellschaftlicher Akzeptanz kontroverser politischer Entscheidungen scheint aber vielversprechend. Gerade in Zeiten, in denen nicht nur Verschwörungsideologien, sondern auch andere politische Einstellungsfragen, die Gesellschaft polarisieren, könnte das auch die Handlungsfähigkeit des politischen Systems als solchem stützen.

1114 Vgl. Nierth/Huber 2023, S. 250.

1115 Vgl. a. a. O., S. 251.

1116 Siehe und vgl. NEOS: *Ein Ministerium für die Österreichische Jugend? Slay!*, 10. August 2023, online verfügbar unter: <https://www.neos.eu/programm/blog/ein-ministerium-fuer-die-oesterreichische-jugend-slay>.

1117 Vgl. Nierth/Huber 2023, S. 250.

1118 Vgl. Breit, Lisa/Prämer, Philip: *Neos-Vorschlag. Was ein Zukunftsministerium in Österreich bringen würde*, in: *derstandard.at*, 11.08.2023, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.de/story/3000000182478/was-ein-zukunftsministerium-in-oesterreich-bringen-wuerde>.

Ein letzter Vorschlag stammt aus Wolfgang Merkels Krisendiagnose: Auf der von ihm beschriebenen Problemebene der politischen Gemeinschaft schlägt er vor, Politik müsse **die soziale Frage** wieder mehr in den Fokus nehmen.¹¹¹⁹ Anders als bisherige Vorschläge bezieht Merkel sich damit also auf ein inhaltliches policy-Kriterium, wenngleich er nicht näher ausbuchstabiert, welche konkreten politischen Maßnahmen er darunter verstehen möchte. In der Tat adressiert der Vorschlag verschiedene Ursachen von Verschwörungsideologien, die sich auch an dieser Stelle wieder unter Entfremdungserfahrungen zusammenfassen lassen. Ein größerer Fokus der inhaltlichen Politik auf die soziale Frage könnte viele Menschen, die sich vom politischen System abgehängt fühlen und die sich auf dieser Basis Verschwörungsideologien zuwenden unter Umständen abholen und sie von der Handlungsfähigkeit des Systems überzeugen. Präventiv gesehen könnte die Beachtung von Merkels Monitum zumindest Deprivationserfahrungen, die Ursachen für den Glauben an Verschwörungsideologien sein können, entgegenwirken. Eine Konkretisierung dessen, was allein schon die soziale Frage ist und mit welchen politischen Instrumenten auf sie geantwortet werden soll, das bleibt wiederum Aufgabe des politischen Systems selbst.

5.4 Ausblick: Hinwendung zu einem demokratischen Ethos?

Die Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit werfen einige Desiderata auf, die eine weitere Beschäftigung mit dem Überschneidungsfeld von Demokratietheorie und Verschwörungsideologien lohnend erscheinen lassen und die zu neuen Erkenntnissen führen können. Dazu gehört insbesondere ein Ausbau theoriegeleiteter empirischer Forschung zu den demokratischen Entstehungs- und Wirkungsbedingungen von Verschwörungsideologien bzw. den Wechselwirkungen von Verschwörungsideologien und Demokratie. Längsschnittstudien innerhalb demokratischer Gesellschaften könnten zukünftig wichtige Anhaltspunkte für verschwörungsideologische Einstellungen und Identitäten und ihr Zusammenwirken mit gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen geben. Nicht zuletzt würden größer angelegte Vergleichsstudien zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Systemen, aber auch innerhalb demokratischer Gemeinwesen, zu einem Erkenntnisgewinn beitragen und könnten die Befunde dieser Arbeit empirisch untermauern.

1119 Vgl. Merkel 2022, S. 108f.

Auch das praktische Desiderat dieser Arbeit bleibt vor diesem Hintergrund kein kleines: Die Umsetzung und Erprobung von Maßnahmen, die demokratische Ressourcen innerhalb der Gesellschaft stärken, ist eine vielversprechende Reaktion auf Verschwörungserzählungen. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen und Ansätze stehen nur beispielhaft für aus weitergehender Literatur und eigenen Überlegungen extrahierte Möglichkeiten zur Arbeit mit den vorgeschlagenen demokratischen Ressourcen Wissen, normative Resilienz und demokratische Selbstwirksamkeit. Die vorliegenden Ansätze, die sich aus demokratietheoretischer Betrachtung ableiten lassen, müssten weiter in sich systematisiert und insbesondere erprobt werden. Eine Rückkopplung zur empirischen Forschung, um die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu testen und zu evaluieren, wäre dabei dringend angeraten.

Wie eingangs in diesem Kapitel bereits erwähnt, sehe ich die Notwendigkeit, als demokratische Antwort auf Verschwörungsideologien alle drei dieser Ressourcen nicht isoliert zu bearbeiten, sondern sie gemeinsam anzusprechen, um eine Wirkung entfalten zu können. Bei der Umsetzung entfalten partikuläre Maßnahmen, die nur einen der Sektoren – Wissen, Werte oder Wirkmächtigkeit – anfassen, auch immer nur eine partikuläre Wirkung. Die aufgezeigten Maßnahmen sind dabei kein abgeschlossener Katalog und auch noch nicht einmal ein in sich kohärentes Maßnahmenpaket. Dieses zu schnüren ist ein Gesamt-desiderat aus den Erkenntnissen dieser Arbeit. Die Schaffung eines gemeinsamen Dachs (vgl. Abbildung 39) für diese demokratischen Ressourcen ist eine große Aufgabe. Jedoch sollte man nicht aufgrund der schieren Größe der Aufgabe davor zurückschrecken, sie in Angriff zu nehmen.

5. Wie können demokratische Institutionen mit dieser Herausforderung umgehen?

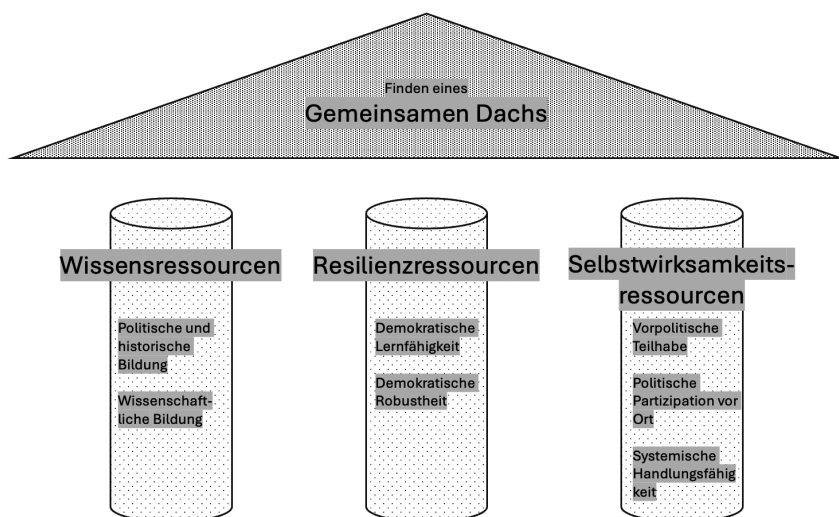


Abbildung 39: Gemeinsames Dach für eine demokratische Antwort auf Verschwörungsideologien¹¹²⁰

Eine gemeinsame Klammer, die den epistemischen, normativen und funktionalen Anspruch des demokratischen Gemeinwesens erfüllen will, könnte dabei viele Gesichter haben. Jean-Jacques Rousseau war einer der frühesten Denker, der dafür den Begriff der *religion civile*, je nach Übersetzung der *bürgerlichen Religion* oder *Zivilreligion*, erfunden hat. Bei Rousseau ist es dieses „bürgerliche Glaubensbekenntnis“, das eine „Gesinnung des Miteinander, ohne die es unmöglich ist, ein guter Bürger und ein treuer Untertan zu sein“, als Wert etabliert.¹¹²¹ Natürlich ist Rousseaus Konzeption, die es erlaubt, diejenigen, die der Zivilreligion ihr Glaubensbekenntnis verweigern, hinzurichten, mehr als aus der Zeit gefallen. In einer für heutige Maßstäbe grausam erscheinenden Konsequenz ist hier jedoch bereits das Motiv der *wehrhaften Demokratie* angelegt. Nur wenn Demokratie eine normative Aufladung erhält und nicht eine Herrschafts- oder Gesellschaftsform unter vielen ist,¹¹²² rechtfertigt das, sie auch wehrhaft zu verteidigen. Erst

1120 Eigene Darstellung.

1121 Siehe Rousseau, Jean-Jacques: *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. In Zusammenarbeit mit Eva Pietzcker neu übersetzt und herausgegeben von Hans Brockard, Stuttgart 2008 (1762), S. 151.

1122 Wie etwa für Loewenstein: „If democracy believes in the superiority of its absolute values over the opportunistic platitudes of fascism, it must live up to the demands of

die Konzeption der Demokratie als in irgendeinem Sinne überlegene Form, gemeinschaftliches Zusammenleben zu organisieren, rechtfertigt auch die vorgeschlagenen Maßnahmen zu ihrer Verteidigung, auch wenn diese als Stärkung demokratischer Ressourcen und nicht repressiv angelegt sein mögen. Im Endeffekt bedarf es, im Sinne von Negts Diktum, Demokratie brauche Demokraten, einer Gesellschaft, die sich selbst demokratischen Normen verpflichtet und sich verpflichtet, diese auch zu leben und einzuhalten. Aber bereits Alexis de Tocqueville als Beobachter der noch jungen US-amerikanischen Demokratie und ebenfalls als zivilreligiöser Theoretiker „zweifelte [...] an der Tragfähigkeit bürgerlicher Selbstverpflichtung.“¹¹²³ Für Tocqueville war klar, wie Hidalgo umschreibt: „Erst der Maßstab des Transzendenten verschafft dem Gemeinwesen eine ausreichende Fundierung“.¹¹²⁴

Auch schon zuvor bei Machiavelli stand „Religion in instrumenteller Weise als *Gegenprinzip* zu den konfligierenden Kräften in der Republik“, sie erhält Einheit, Gehorsam und auch Moral.¹¹²⁵ Spätere, aufklärungszeitliche Konzeptionen einer Zivilreligion – von Rousseau über Kant zu Tocqueville – rekurren dabei in ihrer ein oder anderen Form immer explizit auf politisch-theologische Bezüge des Christentums.¹¹²⁶ In der gegenwärtigen Debatte um Zivilreligion bleibt der Begriff leider weiter unklar: Norbert Bolz spricht unter dem Stichwort Zivilreligion davon, dass es unter Umständen eine „Wiederverzauberung der Welt“ brauche,¹¹²⁷ ein spannendes Stichwort vor dem Hintergrund der Ausführungen dieser Studie über die Zusammenhänge zwischen den dialektischen Wirkungen der Aufklärung auf der einen Seite und der Ausbreitung moderner Verschwörungsideologien auf der anderen. Der Hinweis auf aufgeklärte Werte reiche demnach nicht zur Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung, da Rationalität nicht die Glau-

the hour, and every possible effort must be made to rescue it [...]“, siehe Loewenstein 1937, S. 432.

1123 Siehe Hidalgo, Oliver: *Glaube und politisches Engagement – die zivilgesellschaftliche Funktion der Religion bei Alexis de Tocqueville*, in: Antonius Ledhegener/Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.): *Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Befunde – Positionen – Perspektiven*, Wiesbaden 2011, S. 43.

1124 Siehe a. a. O., S. 44.

1125 Siehe und vgl. Hidalgo 2014, S. 203.

1126 Vgl. Nix, Andreas: *Zivilreligion und Aufklärung. Der zivilreligiöse Strang der Aufklärung und die Frage nach einer europäischen Zivilreligion*, Münster 2012, S. 62–65; vgl. auch zu Tocqueville: Hidalgo, Oliver: *Politische Theologie. Beiträge zum untrennbaren Zusammenhang zwischen Religion und Politik*, Wiesbaden 2018a, S. 141–158.

1127 Siehe und vgl. Bolz, Norbert: *Das Wissen der Religion. Betrachtungen eines religiös Unmusikalischen*, München 2008, S. 22.

bensstrukturen, die uns allen innewohnen, überformen kann.¹¹²⁸ Aus guten Gründen spricht Charles Taylors zentrales Werk aus dem Jahr 1995 nicht die *Unvernunft der Moderne* oder die *Unzweckhaftigkeit der Moderne* an, sondern das *Unbehagen an der Moderne*. Die liberale Betonung der *ratio* und die weitgehende Ablehnung der Gefühlsebene aus der politischen (und politiktheoretischen) Diskussion klammert so nämlich einen wichtigen Anteil der menschlichen – und damit auch der politischen – Persönlichkeit aus. Sicherheit, ob nun im policy-Sinne oder als Gegenbegriff zu vorbeschriebenen Unsicherheiten, kann nämlich nicht nur auf Basis statistischer Zahlen, Daten und Fakten konzeptualisiert werden, sondern letztlich auch als „die Abwesenheit von Angst.“¹¹²⁹ Der Reiz von Verschwörungsideologien liegt darin, Glaubens- oder Gefühlsstrukturen nachzuformen, die ganz ähnlich funktionieren und damit Sicherheit geben.¹¹³⁰

Gleichzeitig gibt es auch zeitgenössische Konzeptionen der Zivilreligion, die – ohne christliche Bezüge völlig zu leugnen – zivilreligiöse Denkweisen für durchaus vereinbar mit Werten der Aufklärung halten und die ohne religiösen Monismus auskommen.¹¹³¹ Für Heinz Klege wären Kernbegriffe einer so konzipierten Zivilreligion die universalistischen Konzepte von Würde des Menschen, Toleranz, Freiheit, Verantwortung und Demokratie.¹¹³² Auch Mathias Hildebrandt bezieht sich in seiner Vorstellung einer Zivilreligion wie Bolz auf die transzendente Ebene, zieht daraus aber andere Schlussfolgerungen. Die Aufklärung sei davon ausgegangen, man könne die religiöse Letztbegründung als überkommen abtun. Allerdings: „Man vergaß dabei [...], daß das Fundament des politischen Sprechens und Handelns in der Lebenswelt eben nie auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhen kann, sondern schon immer auf dem Akt des Glaubens und Vertrauens beruhte und immer beruhen wird.“¹¹³³ Daraus schließt er: „Deshalb

1128 Vgl. a. a. O., S. 21 f.

1129 Siehe Schaal, Gary S./Heidenreich, Felix: *Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (32–33), Bonn 2013, S. 10.

1130 Bolz' Konzeption von Zivilreligion weist allerdings aber einen eindeutigen christlichen (und vor allem anti-islamischen) Bezug auf; vgl. Bolz 2008, S. 24 ff., S. 29. Bolz tritt mittlerweile selbst auch in verschwörungsideologisch angehauchten Medien wie der „Wissensmanufaktur“ auf: Wissensmanufaktur: Norbert Bolz, in: YouTube, online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/playlist?list=PLg2u737x4TjdN4iK1-FJwCQxASD3jyNHD>.

1131 Vgl. Klege, Heinz: *Gibt es eine europäische Zivilreligion? Pariser Vorlesung über die Werte Europas*, Potsdam 2008, S. 17 ff.

1132 Vgl. a. a. O., S. 35.

1133 Siehe und vgl. Hildebrandt, Mathias: *Politische Kultur und Zivilreligion*, Würzburg 1996, S. 94.

ist es auch für die westlichen modernen Gemeinwesen angebracht, von einer transzendenten Grundlage zu sprechen, ohne aber diesen Begriff mit der christlichen Transzendenz zu verwechseln.“¹¹³⁴ Insbesondere hat die Zivilreligion (ebenso wie im Übrigen auch die Religion) für ihn die Fähigkeit, Kontingenzen zu „bewältigen [...], nicht indem sie versucht, diese zu beseitigen, sondern indem sie die Menschen für die Kontingenzen öffnet.“¹¹³⁵ Das bedeutet also: Die Stärkung von Ambiguitätstoleranz. Ambiguität, Kontingenz oder Unsicherheit ist als Teil des demokratischen Zusammenlebens zu akzeptieren. Das ist der Trade-off und die zentrale *Zumutung* der Demokratie. Versucht man sie nämlich zu beseitigen, dann läuft man Gefahr, die Demokratie damit gleich mit zu beseitigen. Deswegen ist Ambiguitätstoleranz zentraler Bestandteil des vorangegangenen vorgeschlagenen Programms zur Stärkung demokratischer Ressourcen. Ebenso spricht Hildebrandt, ähnlich wie diese Studie, an anderer Stelle explizit auch demokratische Beteiligungsmöglichkeit und eine Stärkung des Parlamentarismus als mögliche Säulen einer (europäischen) Zivilreligion an.¹¹³⁶

Schlussendlich kann eine so verstandene Zivilreligion angesichts größer werdender gesellschaftlicher Polarisierung, aber auch Atomisierung, ein gemeinschaftliches und verbindendes Element für ein demokratisches Gemeinwesen schaffen.¹¹³⁷

Heinz Klege beschreibt dazu passend, wie auch eine Verfassung durchaus identitätspolitische oder identitätsstiftende Wirkung haben kann, gerade wenn innerhalb ihrer Verfasstheit demokratische Prinzipien gelebt werden.¹¹³⁸ Das führt zum Begriff des *Verfassungspatriotismus*,¹¹³⁹ der mir allerdings tendenziell ungeeignet erscheint. Ähnlich wie das Konzept der Zivilreligion vereint er einen rationalen Bezugspunkt (die Verfassung) mit einer rational nicht letztbegründbaren Darstellung (dem Patriotismus). Sternberger wünscht sich, dass dieser Verfassungspatriotismus dazu führe, dass das Volk „mit Krallen und Zähnen“ an den Errungenschaften der Ver-

1134 Siehe ebd.

1135 Siehe und vgl. a. a. O., S. 102, kursiv im Original.

1136 Vgl. Hildebrandt, Mathias: *Bedarf die Europäische Union einer Zivilreligion?*, in: Hartmut Behr/Mathias Hildebrandt (Hrsg.): *Politik und Religion in der Europäischen Union. Zwischen nationalen Traditionen und Europäisierung*, Wiesbaden 2006, S. 442.

1137 Vgl. Hildebrandt 1996, S. 273 f.

1138 Vgl. Klege 2008, S. 38.

1139 Den Begriff prägte Dolf Sternberger, unter anderem nutze er ihn als Titel einer Rede zum Jubiläum der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, vgl. Sternberger, Dolf: *Verfassungspatriotismus*, Hannover 1982.

fassung festhalte, dass die gemeinsame „Verfassungsloyalität“¹¹⁴⁰ öffentlich gezeigt werde.¹¹⁴¹

Jürgen Habermas greift Sternbergers Wortschöpfung später auf und beschreibt, wie vor allem im Bezug auf die Europäische Union „aus verschiedenen nationalgeschichtlich imprägnierten Deutungen derselben universalistischen Rechtsprinzipien“ ein solcher Verfassungspatriotismus „zusammenwachsen“ müsse,¹¹⁴² bleibt damit aber wiederum auf einer sehr rationalen Ebene verhaftet. Wolfgang Merkel beschreibt, meiner Ansicht nach nicht ganz unzutreffend, dass die derzeitigen Konzeptionen des Verfassungspatriotismus in Deutschland lediglich ein „dünnes‘ Identitätsangebot“ bieten.¹¹⁴³

An dieser Stelle möchte ich den Punkt Eric Voegelins, den ich im ideengeschichtlichen Teil dieser Arbeit schon rezipiert habe, wieder aufgreifen, wenn er schreibt, „die Erkenntnis eines politischen Zustandes ist in einem entscheidenden Punkt unvollständig, wenn sie nicht die religiösen Kräfte der Gemeinschaft und die Symbole, in denen sie Ausdruck finden, mitumfasst“.¹¹⁴⁴

Wichtiger Aspekt der Konzeption eines transzendentalen (und/oder auch emotionalen) Überbaus ist meiner Ansicht nach aber vor allem auch das Angebot eben dieser kultischen Symbole, Handlungen und Verfahren, ohne diesen Begriff an dieser Stelle überstrapazieren zu wollen. Claudine Nierth und Roman Hubert beschreiben, wie auf CSU-Parteitag Bayern-, Deutschland- und Europahymne gesungen werden. Dabei bemerken sie positiv, welche Wirkung das auf die Teilnehmenden hat: einerseits durch die Symbolik, andererseits durch den gemeinsamen Akt, werden Zusammengehörigkeitsgefühl und Solidarität gestärkt.¹¹⁴⁵ Dabei geht es weniger um die konkrete Auswahl der gesungenen Lieder bzw. Hymnen als vielmehr um den gemeinsamen Akt des Singens, der ein Gefühl der Verbundenheit schafft. Das lehnt sich stark auch an Deweys Pädagogik an, in der das Handeln eine zentrale Rolle einnimmt. Dabei muss sich die Darstellungsform nicht im Singen erschöpfen. Auch der Urnengang am Wahlsonntag, unter Umständen in tatsächlicher Sonntagskleidung und mit anschließendem

1140 Spannenderweise nutzt Sternberger hier ganz zum Ende seiner Rede ein neues Kompositum, das neben der Verfassung den weitaus rationaleren Begriff der Loyalität einführt.

1141 Vgl. a. a. O., S. 17.

1142 Siehe Habermas 1992, S. 648.

1143 Siehe Merkel 2022, S. 110.

1144 Siehe Voegelin, Eric: *Die Politischen Religionen*, Wien 1938, S. 61 f.

1145 Vgl. Nierth/Huber 2023, S. 208 f.

Einkehren, kann ein solcher demokratisch-kultischer Akt sein; ebenso wie die Teilnahme an der traditionellen Maidemonstration zum Tag der Arbeit. Dabei handelt es sich an dieser Stelle lediglich um anekdotisch ausgewählte Beispiele.

Für alle der genannten Konzeptionen, ob nun als Zivilreligion oder Verfassungspatriotismus, und ihre konkrete Ausgestaltung lassen sich Für und Wider finden. Begrifflich neutraler könnte man auch die Vorschläge eines *Bürgersinns* nach Dahrendorf¹¹⁴⁶ oder angelehnt an Hans Küngs *Weltethos*¹¹⁴⁷ ein *demokratisches Ethos* ins Auge fassen. Das Ziel ist, mit diesem Ansatz auch die transzendentalen, irrationalen oder emotionalen Bedürfnisse demokratischer Staatsbürger*innen anzusprechen. Der Konzeption dieser Studie folgend sollte er als verbindendes Element die demokratischen Ressourcen Wissen, Resilienz und Selbstwirksamkeit stärken. Die Notwendigkeit dazu ist jedenfalls offenkundig. Schon 1995 stellte Charles Taylor anhand seiner Konzeption vom *Unbehagen an der Moderne* fest, dass das „Volk immer weniger imstande ist, sich einen gemeinsamen Zweck zu setzen und diesen zu erfüllen.“¹¹⁴⁸ Er sieht Fragmentierung und Individualisierung als Ursachen, daher gilt es gemeinsame, verbindende Elemente und Handlungsweisen zu stärken.¹¹⁴⁹ Als Minimalziel bleibt die Schaffung einer gemeinsamen demokratischen Identität unter dieser Maßgabe – sie kann nicht nur den Gefahren von Verschwörungsideologien vorbeugen, sondern Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform ganz allgemein voranbringen.

Im Zentrum dieser Arbeit stand die systematische Analyse des Verhältnisses von Demokratie und Verschwörungsideologien. Die Studie hat gezeigt, dass Verschwörungsideologien in modernen Demokratien nicht bloß als Randphänomen auftreten, sondern als eigenständige, institutionalisierte Denkform, die gezielt an die strukturellen Offenheiten und Unsicherheiten demokratischer Systeme anknüpft. Demokratien fördern – wie anhand der epistemischen, normativen und funktionalen Analyseebenen herausgearbeitet – notwendigerweise Pluralität, Kontingenz und Meinungsvielfalt. Genau diese Offenheit wird von Verschwörungsideologien genutzt, um alternative Wahrheitsansprüche zu etablieren, demokratische Institutionen zu delegitimieren und autoritäre, häufig quasireligiöse Gegenarrative zu

1146 Vgl. Dahrendorf, Ralf: *Der moderne Soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, Stuttgart 1992.

1147 Vgl. Küng, Hans: *Weltethos*, Freiburg im Breisgau 2019.

1148 Siehe Taylor 2020 (1991), S. 125.

1149 Vgl. a. a. O., S. 126, 131.

setzen. Dabei inszenieren sich verschwörungsideologische Akteur*innen oftmals als besonders demokratisch, indem sie sich auf Meinungsfreiheit und Widerstand gegen vermeintliche Eliten berufen und sich im alternativ-medialen Feld als Gegenöffentlichkeit positionieren. Die Arbeit konnte zeigen, dass diese ambivalente Beziehung – einerseits Anschlussfähigkeit an demokratische Grundwerte, andererseits deren Unterwanderung und Umdeutung – den Nexus von Demokratie und Verschwörungsideologien ausmacht. Die zentrale Herausforderung für demokratische Gesellschaften liegt darin, die produktive Unsicherheit und Offenheit der Demokratie zu bewahren und zugleich resilient gegen deren instrumentelle Ausnutzung durch Verschwörungsideologien zu werden. Die vorliegende Analyse leistet damit einen Beitrag zum Verständnis dieses Spannungsverhältnisses und bietet Anknüpfungspunkte für die Entwicklung demokratischer Antwortstrategien.